

Waldshut und Südbaden im Dritten Reich.

von Jürgen Bödeker

A. „Diese Regierung muss weg, koste es, was es wolle“. (Joseph Goebbels 8. Nov. 1932)

„Erst wenn der Führer fällt, ist alles aus“ (20).

Das einleitende Zitat finden wir im Kriegstagebuch des Unteroffiziers Fritz Hockenjos aus St. Märgen. Geschrieben wurde es bei aussichtsloser militärischer Lage in Eisenbach im Hochschwarzwald. „Der Vater - kein Nazi, niemals! Wie gern hätten wir ihm das abgenommen, die wir ihn doch durchweg als aufrechten Demokraten erlebt haben“, schreibt sein Sohn (20). Fragen des Zweifels, die auch von Ch. Ruch in seinem Beitrag „Das Doppelgesicht Waldshuts im Nationalsozialismus“ angesprochen werden (37). Er sieht es als Verdienst der katholischen Kirche an, dass vor 1933 nur 31 Waldshuter Mitglied der NSDAP geworden waren. Warum aber waren es 1945 fünftausend Personen (37)? Warum wählten 1932 dreißig Prozent der Badener die NSDAP, warum etwa ein vergleichbarer Prozentsatz Waldshuter am 5. März 1933 die Hitlerpartei? Dass nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 die Stimmung in der Stadt nicht freudlos war und eine Zeit der Wendehälse begonnen hatte, daran erinnert sich E. Hauffe. Unmittelbar nach der Machtergreifung und vor der Märzwahl gab es bereits Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Störung konkurrierender Parteiversammlungen und eigenmächtige Übergriffe der SA im Zollgebiet zur Schweiz, die nicht geahndet wurden (17).

Wie also konnte es kommen, dass die Zahl der Hitlerwähler in Waldshut sich vom November 1932 bis März 1933 annähernd verdreifacht hatte? Der Arbeitslosigkeit, den Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Schmach des Friedensvertrages nach dem 1. Weltkrieg versuchten alle Parteien zu begegnen. Die sozialistisch-revolutionäre Bewegung hatte an Kraft verloren, der Faschismus war in den hochindustriellen Ländern an seine Stelle getreten (35). Soziale und wirtschaftliche Fakten wurden zunehmend durch ideologische Argumente ersetzt. Bei der Frage nach dem Hitlerwähler hielt man sich lange Zeit an „den protestantischen Angehörigen der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat“ (5). Eine Analyse der Reichstagswahlen von 1928 bis 1933 zeigt jedoch, dass nicht nur die Selbständigen und ihre Angestellten, sondern auch Berufslose, Hausfrauen, Beamte, Angestellte und zunehmend Arbeiter sich der NSDAP zuwandten (5). Unter den Arbeitern waren es mehr die auf dem Land, in Mittelstandsunternehmen und bei kommunalen Versorgungsbetrieben als die in Großstädten sesshaften Industriearbeiter (5). Die Wechselwähler zur NSDAP kamen von 1932 bis 1933 vermehrt aus den bürgerlichen Parteien und von den Nichtwählern als aus KPD, SPD und Zentrum/BVP. Wie im Reich zeigte sich auch in Waldshut für den Dreierblock aus KPD, SPD und Zentrum ein gegenüber der Vorwahl recht stabiles bis leicht positives Ergebnis und das Zentrum blieb mit annähernd 35 Prozent der Stimmen weiterhin vor der NSDAP die stärkste Partei. Trotz des Stimmenzuwachses aus dem bürgerlichen Block kann die NSDAP aber nicht als Mittelstandspartei angesehen werden, konnte sie doch auf Reichsebene 5 Millionen Arbeiter gewinnen. Dass 60 Prozent der SA-Angehörigen Arbeiter waren, stützt diese Einstellung (5).

Warum wurde in Baden und Waldshut die Hitlerpartei gewählt? Seit dem Ersten Weltkrieg hatte Baden an wirtschaftlicher Bedeutung verloren. Die Einkommensentwicklung hatte gelitten, auch wegen der Grenzlage zu Frankreich. Im Januar 1933 wurden in Baden 184.000 Arbeitslose gezählt. Hitler hatte versprochen, sechs Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Frühzeitig nach der Machtübernahme bemühte er sich, mit öffentlichen Arbeiten sein Versprechen einzulösen. NSDAP-Mitglieder wurden dabei bevorzugt (6). Trotz der Grenznähe gelang die Arbeitsplatzbeschaffung in Baden relativ schnell. Auch der Mittelstand wurde gefördert. Als Ziel wurde der Abbau von Klassenhass zugunsten einer nationalen Solidarität mit der neuen Regierung und ihrem Kanzler und die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ angestrebt. Eheliche Mutterschaft wurde zum „Beruf“ der Frau. Die Juden wurden diffamiert, schon bald ihre Geschäfte ruiniert (6). Am 30. März 1933, also sehr frühzeitig, wurde Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Waldshut verliehen. Der Entschluss im Gemeinderat war einstimmig, in einem Gemeinderat, der noch vor der Machtergreifung gewählt worden war.

Die Erfolge der NSDAP in Baden gründen sich nicht auf ihrer parlamentarischen Arbeit. Bis zum Frühjahr 1933 war die Partei im Landtag mit nur einer kleinen Fraktion vertreten. Ihre Wirkung erreichte die Partei durch Agitation in der Presse, durch Versammlungen und Aufmärsche vor Ort. Schon ab 1920 hatte sie Ortsgruppen aufgebaut, von zwei Dutzend 1923 stieg deren Anzahl in Baden 1928 bereits auf siebzig, 1932 waren es 450 (13). Die Bedeutung dieser Ortsgruppen für den Aufstieg der NSDAP ist bei zwei südbadischen Nachbarorten katholischer Prägung untersucht worden (31). Die Rheindörfer Nieder- und Oberhausen waren zu 99 und 98 Prozent katholisch. Ländliche Gemeinden katholischer Prägung brachten der NSDAP gewöhnlich mehr Vorbehalte entgegen als protestantische. Die beiden Gemeinden wählten ab 1930 aber so, wie es von protestantischen Orten zu erwarten gewesen wäre. Diese Analyse zeigt, dass die oft jahrelangen Aktivitäten der nationalsozialistischen Ortsgruppen zu dem Stimmverlust des Zentrums maßgeblich beitrugen. Die Ortsgruppenarbeit war stark auf regionale Probleme ausgerichtet, vor allen in der Landwirtschaft. Seit 1930 stiegen in den beiden Orten die Stimmanteile der Nationalsozialisten und erreichten im November 1932 ein Niveau, das selbst für das weniger nazifreundliche Niederhausen dem der evangelischen Nachbarstädte entsprach. Mit annähernd 40 Prozent lag die NSDAP in Oberhausen nur knapp unter den Resultaten der evangelischen Landgemeinden. Die Untersuchung konnte zeigen, dass es nicht eine Schwäche der Bindung an die katholische Kirche war, die das auffallende Wahlverhalten erklärt, sondern es war die Stärke der örtlichen NSDAP-Ortsgruppenarbeit, in Oberhausen eindrücklicher als in der Nachbargemeinde (31).

„Wir dürfen und wir können den neuen Staat nicht ablehnen, sondern müssen ihn bejahen mit unbeirrbarer Mitarbeit“ (6).

Diese Worte sprach Conrad Gröber, seit 1932 Erzbischof in Freiburg, auf der Diözesansynode Ende April 1933. Hätten sie auch dem evangelischen Landesbischof Kühlwein zugeschrieben werden können? Beiden badischen Bischöfen war gemein, unter Respektierung der neuen Machthaber bis an die äußerste Grenze der Kompromissbereitschaft zu gehen. Dem entsprach die anfängliche Bereitschaft der Nationalsozialisten, Konflikte mit den Kirchen möglichst zu vermeiden. Wie es die bereits erwähnten Wahlergebnisse zeigten, fand die Übertragung der Macht an Hitler bei der evangelischen Bevölkerung in Baden größere Zustimmung als bei den Katholiken. Man hoffte auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und auf Erleichterungen der Auflagen aus dem Vertrag von Versailles. Das Vorgehen der NSDAP gegen den Bolschewismus und ihre

Kulturkritik stieß bei Mitgliedern beider Kirchen auf offene Ohren. Als Hitler kurz nach der Märzwahl 1933 den Kirchen weitreichende Zugeständnisse machte, war die Zustimmung groß. Zahlreiche evangelische Pfarrer in Baden traten der NSDAP bei und unterstützten die Ende der Weimarer Republik gegründeten „Deutschen Christen“, die evangelisches Christentum und Nationalsozialismus miteinander verbinden wollten. Ein radikaler Flügel wollte das Alte Testament abschaffen und den Arierparagraphen, den Ausschluss jüdischer Christen von Kirchenämtern, einführen. Die Gruppierung wählte Julius Kühlewein zu ihrem Landesbischof. Die „Deutschen Christen“ strebten eine einheitliche Reichskirche an. Deren Verfassung sollte von einem Ausschuss erarbeitet werden. Hitler brachte seinen Vertrauensmann Ludwig Müller frühzeitig in diesem Ausschuss unter, einen Pfarrer mit der Ambition, Reichsbischof zu werden (6).

Die katholischen Bischöfe in Freiburg und Rottenburg hatten noch 1931 vor dem Nationalsozialismus gewarnt. Dessen Anschauungen seien mit der katholischen Lehre unvereinbar. Die Einstellung der katholischen Kirche im Reich war zu dieser Zeit eindeutig. In allen Diözesen war es den Katholiken untersagt, Mitglied der NSDAP zu werden. „Das Reich Christi gilt uns Katholiken aber als international, universal, katholisch“, unvereinbar mit Rassenideologie und nationalsozialistischer Kulturpolitik. So ist es in der Paderborner Erklärung von 1931 zu lesen. Am 23. März 1933 versprach Hitler in seiner Regierungserklärung anlässlich der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes den Kirchen den Fortbestand ihres Einflusses in den Schulen und bei der Erziehung. Das Christentum sei das unerschütterliche Fundament des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes. Als er dem Vatikan ein Reichskonkordat anbot, änderten die deutschen Bischöfe ihre Einstellung gegenüber 1931. Kurz nach Abschluss des Konkordats hob der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz Kardinal Bertram die „vorbezeichneten allgemeinen Verbote“ auf. Dieser Hirtenbrief wurde als Zustimmung des Episkopats zum Dritten Reich und seinem Führer verstanden (6). Damit war, nach Selbstauflösung der Zentrumsparterie, jeder noch vorhandenen politischen Opposition ihrer katholischen Mitglieder der Rückhalt entzogen. Das diesem Abschnitt vorangestellte Zitat Gröbers an seine südbadische Diözese stammt aus dieser Zeit. Gröber hatte die deutschen Bischöfe bei den Konkordatsverhandlungen vertreten (13). Der katholische Klerus war seit Jahrzehnten misstrauisch gegen linksgerichtete Strömungen gewesen, zeigte einen latenten Antisemitismus und einen eindeutigen Antibolschewismus. Damit war er empfänglich für Propaganda von rechts geworden (9). Papst Pius XI. hatte bereits am 13. März 1933 Hitler als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus gelobt. Der Abschluss des Konkordats am 20. Juli 1933 sagte den Katholiken zwar die freie und öffentliche Ausübung ihrer Religion zu, gab den katholischen Verbänden aber bis zur Gleichschaltung nur eine kurze Verschnaufpause. Das außenpolitische Ansehen Hitlers dagegen war gestärkt und befreite ihn endgültig vom politischen Katholizismus.

„Also doch ein Genie, in dessen rätselhafter Seele ungeahnte und unerhörte Möglichkeiten liegen?“ (12).

Diese Tagebuchnotiz des Schriftstellers E. Ebermayer vom 21. März 1933 zur Eröffnung des Reichstages in Potsdam ist ein Stimmungsbild, mit dem der Verfasser sicher nicht alleine war. 1928 noch war die NSDAP in Baden eine unbedeutende Splitterpartei gewesen. Die gemäßigten Parteien hatten eine stabile Basis inne. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise setzte ein Umschwung ein. Basis für den NSDAP-Massenerfolg von 1930 bis 1933 waren die vorgesehene Bekämpfung des Marxismus, des Parteienstaates und das Versprechen sozialer und nationaler Wiedergeburt. Antisemitismus und Großraumvorstellungen in Osteuropa, frühes Gedankengut Hitlers, spielten in der Propaganda noch keine bedeutende Rolle. Hitlers

Ansprachen in dieser Zeit waren Versprechen auf einen nationalen Wiederaufstieg und die Vision einer partei- und klassenlosen Volksgemeinschaft. „Aus Parteimenschen, aus Standes- und Klassenzugehörigen“ müssen Deutsche werden, war seine Parole 1932 vor der Reichspräsidentenwahl (8). In einer Gesellschaft mit sozialen Ängsten, die an materieller Not litt, die sich kulturell entfremdet hatte, konnte das Versprechen, die Zerrissenheit zu beenden, schnell Fuß fassen. Begriffe wie Deutschland und Drittes Reich wurden zu Heilsversprechen, die die Massen im Nazigruss tief verinnerlichten. Nationaler Aufstieg und sozialer Ausgleich waren Verheißungen, die nicht nur bei Anhängern der NSDAP tiefen Eindruck hinterließen. Wer Hitler zuhörte, musste nicht unbedingt ein Bekenntnis zur NS-Weltanschauung übernehmen, sondern wurde angeregt, die bestehenden Verhältnisse kritisch zu hinterfragen. Die Zielsetzungen der sozialistischen Parteien verloren an Einfluss, die Hitlerbewegung war Vielen die einzige erfolgsversprechende nichtmarxistische Kraft, die Verhältnisse zu ändern (8). Die Nazis wollten die alte Sozialordnung nicht einfach nur erhalten, sondern verlorenes Ansehen und frühere weltpolitische Bedeutung durch revolutionäre Erneuerung wiedergewinnen. Sozialideal war die Volksgemeinschaft, die sich auf vorgesellschaftliche Natürlichkeit und familiäre Gemeinschaft gründete. Untertänigkeit war vergangen, nationale Gefolgschaft trat an ihre Stelle. Die Machteliten des Kaiserreichs, Militär, Adel und Großindustrie sahen darin eine Bestätigung ihrer Abneigung gegen die parlamentarische Demokratie und deren soziale Errungenschaften. Aber auch große Teile der Bauernschaft, des Mittelstandes und der Jugend waren für diese Bewegung zu begeistern. Hitler inszenierte sich dabei als menschnaher charismatischer Volksführer. Man sollte sich mit ihm identifizieren können, ohne Distanz, die die Menschen durch ihre früheren Monarchen erfahren hatten (8).

Ist es so zu verstehen, dass bei der Reichstagswahl und der Abstimmung zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im November 1933 in Baden 87,8 Prozent für die Einheitsliste und 91,1 Prozent für den Austritt stimmten, im katholischen Waldshut sogar noch mehr? Immerhin konnte noch mit „nein“, mit ungültiger Stimme oder durch Nichtwahl gestimmt werden. Natürlich gab es Druck von Seiten der Nazis. Aber war nicht die Arbeitslosigkeit von Januar bis Oktober 1933 von sechs auf 3,7 Millionen gesunken, hatten nicht die deutschen Professoren und die Kirchen ein „Ja“ zum Austritt gutgeheißen? Die deutschen katholischen Bischöfe ermunterten ihre Schafe, freudig für den Führer zu stimmen. War man immer noch zweifelnder katholischer Stimmbürger in Waldshut, suchte man letzten Halt in seinem Erzbischof C. Gröber. Am 8. November 1933 schrieb er, es sei vaterländische Pflicht, Einmütigkeit mit den übrigen Volksgenossen zu beweisen. Nach der Verabschiedung des Konkordats war Gröber der Meinung, sich „mit einer gewissen Elastizität den neuen Verhältnissen anzupassen, ohne irgendwie katholische Anschauungen und politische Beziehungen damit preiszugeben“ (6). Wie äußerte sich Elastizität 1933/34 in seinem Handeln? „Deutscher Gruß“ im katholischen Religionsunterricht, Unterstützung der nazi-freundlichen „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“, Patenschaft für die SA und Förderndes Mitglied der SS, Forderung nach Eingliederung der katholischen Jugend in die Hitlerjugend, wenig Widerstand zur Zwangssterilisation behinderter Menschen, zahlreiche Glückwunschtelegramme und Treuebekenntnisse an Nazigrößen und Äußerungen, die über einen Antijudaismus hinausgingen (34). Murrende Stimmen aus der Priesterschaft versuchte er zum Schweigen zu bringen: „Keine Provokationen und kein unnützes Märtyrertum“. Ganz im Gegensatz dazu erhob er Einspruch gegen die Diskriminierung der zum christlichen Glauben konvertierten Juden und setzte sich für psychisch Kranke ein. Ab Ende 1934 trat bei Gröber ein allmählicher Sinneswandel gegenüber den Nazis ein. Als er Anfang der vierziger Jahre in Waldshut persönlich eine Firmung vornahm, wurden seine Worte von Nazispitzeln

überwacht (43). Seine Leitlinie im Handeln aber blieb, die katholische Kirche abzusichern und ihre Existenz dauerhaft zu erhalten (6).

Hugo Ott, dem man zuerkennen muss, versucht zu haben, ein objektives Bild des Freiburger Erzbischofs zu zeichnen, zählt die von tradierter Theologie und Liturgie gespeiste antijudaistische Haltung zu dessen andauernder Schattenseite. Seine Bibelexegese war in Otts Ansicht unkritisch. In sein Menschenbild habe er Elemente der Eugenik und des Rassendenkens eingebaut. Mit der Einbindung in die Verhandlungen über das Reichskonkordat 1933 habe sich sein antidemokratisches Denken und sein klares Votum für das neue Deutschland immer deutlicher gezeigt. „Überholt sind konstitutioneller Staat und Republik in ihrer bisherigen parlamentarischen Form“, zitiert er Gröber am 25. April 1933 (32).

Also blieb dem braven katholischen Waldshuter Wähler im November 1933 nur ein „Ja“, kein „Nein“ und keine Enthaltung. Der evangelische Wähler war schon lange gefangen von der Bewegung der deutschen Christen, der „SA Jesu Christi“. Widerstand hatte sich erst zwei Monate zuvor und weit entfernt aufgetan. Pfarrer Martin Niemöller hatte in Berlin den Pfarrernotbund gegründet, aus dem die „Bekennende Kirche“ erwuchs.

B. „Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden“ (Adolf Hitler 3.Feb.1933)

„Deutscher Arbeiter merkst du was? Hier gibt es etwas zu vertuschen“ (7).

Dieses Zitat lesen wir im Alb-Bote vom 6. Mai 1933, anlässlich der Besetzung des Gewerkschaftshauses in Waldshut (7). Das Wahlergebnis vom 5. März 1933 hatte die Nationalsozialisten bewogen, der geschwächten Landesregierung in Karlsruhe bereits drei Tage später die Einsetzung eines Reichskommissars mitzuteilen. Es war der langjährige badische NSDAP-Parteiführer Robert Wagner. Seine Aufgabe sollte die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sein. Das bedeutete zunächst einmal, politische Gegner zu beseitigen. Bereits am 10. März wurden im Zuge der Gleichschaltung der Polizei führende sozialdemokratische Beamte entlassen, verprügelt, in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Kislau bei Mingolsheim verschleppt. Es sind die Tage, in denen in Waldshut das Rathaus gewaltsam gestürmt und der leitende Polizeimajor seinen Hut nehmen musste (17). „Zum Schutz von Volk und Staat“ wurden in Baden führende SPD- und KPD-Funktionäre verhaftet, Veranstaltungen dieser Parteien, Plakate und Flugblätter verboten. Als dann auch noch führende Zentrumspolitiker aus ihren Regierungsämtern entfernt und inhaftiert wurden, waren die politischen Machtverhältnisse staatsstreichartig geklärt. Die Voraussetzungen zur Aufhebung der bundesstaatlichen Struktur in Baden waren geschaffen und wurden am 24. März 1933 mit dem Reichsermächtigungsgesetz vollendet (6). Das Gesetz erlaubte es der Landesregierung, unter Umgehung des Landtags Gesetze zu beschließen. Ohne Neuwahl musste das Landesparlament entsprechend dem Wahlergebnis vom 5. März unter Ausschaltung der Kommunisten zusammengesetzt werden. SPD-Mitglieder hatten ihre kommunalen Ämter aufzugeben, Mitglieder der liberalen und der Zentrumspartei durften verbleiben, sofern sie sich an die neue politische Situation anpassten. Besonders hart wurde gegen sogenannte „nicht arische“ Personen im öffentlichen Dienst vorgegangen. Diese antisemitische Säuberung traf schon frühzeitig das Justizsystem. Aber auch die Tolerierung der bürgerlichen Parteien fand ein rasches Ende: Mitte Juli 1933 erklärte ein Reichsgesetz die NSDAP zur einzigen in Deutschland zugelassenen Partei (6).

Ch. Ruch schildert das frühzeitige Vorgehen der NSDAP gegen Waldshuter SPD- und KPD-Mitglieder (37). E. Hauffe erzählt seine bedrückenden Erlebnisse um seinen Vater, Gemeinderat für die SPD in der Stadt (17). Ende März 1933 war im Alb-Bote vom Konzentrationslager Heuberg auf der Schwäbischen Alb zu lesen, das 900 politische Schutzhäftlinge aufnehmen konnte (37). Es war das erste Konzentrationslager auf deutschem Boden, in Baden war es im April 1933 das KZ Kislau. Das eigentliche KZ für politische Häftlinge aus Südbaden wurde Anfang Mai 1933 auf dem Hofgut Ankenbuck bei Donaueschingen errichtet. Dieses Lager war den politischen Gegnern zgedacht, die für die anfallenden Aufenthaltskosten auch noch zu zahlen hatten. Das brachte ihre Familien in bittere Not. Von den 90 „Schutzhäftlingen“ bei Errichtung kamen fünf aus dem Bezirk Waldshut (7). Die Lager Heuberg und Ankenbuck wurden ein Jahr später aufgelöst. Sogenannte Schutzhäftlinge aus Südbaden kamen nun zunehmend nach Dachau (7). 1944 wurde von hier aus das Außenlager Aufkirch gegründet. Es lag in unmittelbarer Nachbarschaft von Salem. Allen Überlinger Bürgern war es bekannt, sollte hier doch ein unterirdisches Rüstungswerk gebaut werden. Einwohner der Stadt wollten den schwer arbeitenden Häftlingen Gutes zukommen lassen. Beim Marsch durch die Stadt wurden ihnen Nahrungsmittel und Medikamente zugesteckt oder zugeworfen, was die SS-Wachen rigoros zu verhindern suchten (7).

Ende März 1933 war Hitler Ehrenbürger von Waldshut geworden, vom immer weiter Richtung NSDAP orientierten Alb-Boten wohlwollend kommentiert (37). Derweil rief der Obernazi der Stadt Dr. Brugger dazu auf, „innerhalb ihrer Mauern alles auszurotten, was noch irgendwie an den Marxismus erinnert“ (17). Das bezog sich nicht nur auf Straßennamen, nein, auch auf Bürger der Stadt. Wie Diffamierung der Anwendung von Gewalt vorausging, dafür ist die Besetzung des Waldshuter Gewerkschaftshauses ein Beispiel. Am 6. Mai 1933 berichtet der Alb-Bote über diese Besetzung. Entdeckt wurden fehlende Seiten im Spesenbuch der Gewerkschaft, was angeblich zweckentfremdete Entnahmen verdecken sollte. „Was vorher an Spesen ausgegeben wurde, hat wohl das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Deutscher Arbeiter merkst du was? Hier gibt es etwas zu vertuschen“ (7). Die Prüfung sei zwar noch nicht beendet und ein abschließendes Urteil noch nicht möglich, war zu lesen. Der Gewerkschaftssekretär Strasser sei aber bereits in Schutzhaft genommen, die Räumlichkeiten von der SS besetzt worden. Gut einen Monat später wurde das Kolpinghaus besetzt, das Vermögen beschlagnahmt, der Verein aufgelöst. Groll ja, Widerstand nein, war die Antwort der katholischen Kirche in Waldshut. Besorgte Christen beider Konfessionen fanden sich auf dem Haspel in der Villa Knauerhase zu Geheimtreffen zusammen. Wachgerüttelt waren sie durch den im Alb-Bote veröffentlichten Brief Hindenburgs an Hitler, in dem dieser das Vorgehen gegen die Kirche beklagte. Währenddessen setzten die Nazis in der Stadt die Ablösung der ihnen noch immer zu wenig linientreuen Alb-Bote-Redaktion durch (17).

Ch. Ruch berichtet eindrücklich über die Gleichschaltung der Presse, die Sortimentsanpassung des Handels, den traurigen Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte in der Stadt, die Ablösung der freien Gewerkschaften durch die „Deutsche Arbeiterfront“ (DAF), die Bücherverbrennung auf dem Viehmarktplatz und die Gleichschaltung von Gemeinde, Schulen und Vereinen. Anfang 1935 wurden die Bürger endgültig entmündigt: Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinderäte wurden nicht mehr von der Partei gewählt, sondern von der NSDAP ernannt (3). Aus Bürgern waren Untertanen geworden, in den Augen der Nazis Mitglieder der Volksgemeinschaft. Die Erfassung der gesamten Bevölkerung in einer totalitären Volksgemeinschaft, die damit verbundene

Beseitigung von Pluralität, Demokratie und Parlamentarismus war das Ziel dieser Gleichschaltung (39). Auch das Traditionsfest der Waldshuter, die Chilbi, wurde von den Nationalsozialisten in ihrem Sinne instrumentalisiert. Heimat, Volksgemeinschaft und grenzüberschreitendes Alemannentum wurden in den Vordergrund gestellt. Hatte der Konkordatsabschluss die Gleichschaltung von katholischen Vereinen und Verbänden nicht verhindern können, war die Gleichschaltung von Schulen und Vereinen für die katholische Kirche ein Bruch der Konkordatsvereinbarung. Katholische Jugendarbeit und der Religionsunterricht in den Schulen standen vor dem Aus. Ab 1934 regte sich in der katholischen Kirche Widerspruch. Unter Bischof Sproll fanden in der Diözese Rottenburg Bischofstage statt, die die Gefahren des Nationalsozialismus thematisierten. Auch Bischof Gröber äußerte sich ab nun kritischer. Zur selben Zeit wurde in Barmen von Oppositionsgruppen der evangelischen Kirche eine „Theologische Erklärung“ verabschiedet, die zur Richtschnur der „Bekennenden Kirche“ wurde (6). In Bekenntnisgemeinschaften fanden sich Pfarrer aus Baden zusammen, die die Barmer Erklärung unterstützten.

„Den feinen Herren die Posten, den Proleten aber die Arbeit“ (7).

Dieses Zitat ist einem im April 1933 in Buggingen aufgetauchten SPD-Flugblatt zu entnehmen. Die SPD in Baden versuchte zum Zeitpunkt der Machtergreifung auf dem Boden der Verfassung ihren Widerstand zu organisieren. Dieser „Kampf mit dem Stimmzettel“ ist frühzeitig gescheitert, vor allem in Baden, wo der Einfluss der SPD schon vorher begrenzt war. Eine weitere Schwächung erwuchs aus der Zwietracht mit der KPD, die Linksparteien bekämpften sich gegenseitig. In der Grenznahe Südbadens hatte die KPD bei der Wahl am 5. März 1933 besser als die SPD abgeschnitten. In Waldshut hatte sie 13,5 Prozent der Stimmen erhalten, die SPD nur 11 Prozent (17). In Lörrach, Schopfheim und Weil am Rhein war die Zustimmung zur KPD noch größer (7). Seit Mitte 1933 hatte die KPD in Paris eine Auslandsleitung eingerichtet, von der aus Grenzstellen eingerichtet und Kurier-, Nachrichten- und Passierdienste organisiert wurden. Dreiländereck und Hochrhein bis zum Bodensee waren Schwerpunkte für Aktivitäten gegen das Hitlerregime (7). Verhaftungswellen gegen Kommunisten waren die Folge, was den Widerstand bis 1936 praktisch zum Erliegen brachte. Quellen für den Widerstand der KPD finden sich auch in Waldshut. Ende Oktober 1933 berichtet die Landespolizeistelle am Bezirksamt Waldshut an die Geheime Staatspolizei in Karlsruhe über die Verbreitung kommunistischer Druckschriften. In Fützen waren in einem Heuschopf ein Koffer mit solchen Schriften gefunden worden. Ein Schaffhauser Bürger wurde beschuldigt, dafür verantwortlich zu sein (7). Ch. Ruch berichtet von der Verhaftung Waldshuter Kommunisten, die mit der Verbreitung kommunistischen Propagandamaterials in Verbindung gebracht wurden (37).

Als am 22. Juni 1933 die SPD verboten wurde, war auch sie gezwungen, vom Ausland aus ihren Widerstand zu organisieren. In Prag wurde die SoPaDe gegründet. In einer „Wahrheitsoffensive“ sollten die Deutschen über den reaktionären Charakter der Nazis aufgeklärt werden. Die Aktivitäten gingen über Kuriere und Grenzstellen, die u.a. Druckschriften ins Reichsgebiet brachten. Grenzsekretariate sorgten für den Informationsfluss zwischen Prag und dem Reich. Das Grenzsekretariat Südwest wurde vom badischen Landesvorsitzenden Georg Reinbold organisiert, der über das Saarland nach Frankreich gelangte. Aus der Schweiz halfen G. Dietrich und E. Schöttle. Insgesamt war der Widerstand weniger organisiert und straff als bei der KPD. Man wollte die Mitglieder nicht gefährden und hatte zu lange an legalen Widerstandsaktivitäten festgehalten. Aktiven Widerstand leistete nur eine Minderheit. Dazu gehörte in Waldshut Alfred Hauffe. Er hatte die Lonzianer angeführt, gehörte zur Spitze der SPD in der Waldstadt und leitete die

Versammlung im März 1933, die mit der Verhaftung von drei Helfern ein trauriges Ende nahm. Diese hatten versucht, aus der Schweiz Wahlkampfbroschüren in die Versammlung zu schmuggeln (17). Auch der Waldshuter SPD-Gemeinderat Mosetter wurde beschuldigt und ins KZ gesperrt (37).

Das wohl eindrücklichste Dokument politischen Widerstandes gegen die Nazis in Südbaden ist ein Flugblatt der SPD und ihr nahestehender linker Gruppen aus dem Jahr 1935. „Schluß mit dem Terror“ ist seine Überschrift. Darin ist die Rede von mehr als Hunderttausend, die in Konzentrationslagern und Gefängnissen schmachten und gefoltert werden. „Dieser in der Weltgeschichte beispiellose Terror richtet sich gegen alle ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung oder des religiösen Bekenntnisses, die nicht bedingungslos dieses System des Wahnsinns unterstützen“. Geschildert werden die grausamen Schicksale von Sozialdemokraten, Kommunisten und leitenden Katholiken im Konzentrationslager Kislau, von der Not und Qual ihrer Angehörigen. Der Aufruf endet mit einem Appell zur solidarischen Hilfe für deren Kinder und ihrer Mütter, zur Geschlossenheit gegenüber den Peinigern und zur Beendigung des Terrors (40).

„Der Schmutz konnte unser Inneres nicht treffen“ (36).

Erich Roßmann, sozialdemokratisches Reichstagsmitglied aus Stuttgart, schildert in seinen Lebenserinnerungen die Einlieferung in das Konzentrationslager Heuberg. In Begleitung fanden sich Landtagspräsident Pflüger und der Schriftsteller Fischer. Bei der Ankunft wurden sie von der Bewachungsmannschaft geschlagen, bespuckt, beschimpft und beschmutzt. Die Lagerleitung versuchte, die politischen Rivalitäten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, war Roßmann doch jahrelang ein scharfer Gegner der Kommunisten gewesen. Es gelang nicht. „Die Kommunisten hatten unter sich vereinbart, sich von den SA-Banditen nicht gegen uns mißbrauchen zu lassen“ (36). Von Kälte und Hunger am Ende seiner Kräfte, wurde er von den ursprünglich politischen Rivalen fürsorglich mit vorhandenen kleinen Lebensmittelresten und einem trockenen Lager versorgt. Die Arbeiterschaft hatte sich im Lager wieder zusammengefunden. „Unvergessen aber bleibt das reine Menschentum, das sie am Abend dieses schwersten Tages mir gegenüber offenbarten“ (36).

„Es gibt ein Weltgewissen, vor dem das deutsche Volk zu bestehen hat“ (7).

Mitte August 1940 schrieb Erzbischof Gröber einen Protestbrief an den Innenminister in Karlsruhe, aus dem das Zitat entnommen ist. Der Einspruch richtete sich gegen das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Es war bereits im Juli 1933 verabschiedet, aber wegen des Widerstandes der deutschen Bischöfe erst im Januar 1934 in Kraft getreten. Innerhalb der ersten drei Jahre wurden in Deutschland 170.000 Sterilisationen, fast ausschließlich unter Zwang, durchgeführt. Die „Bodensee-Rundschau“ meldete im Juni 1934 nicht ohne Stolz, dass Baden „an der Spitze der deutschen Länder in der Durchführung dieses für die Gesamtheit des Volkes so wichtigen Gesetzes liege“ (36). Betroffen waren psychisch Kranke, aber auch Menschen mit Armutserkrankungen wie Tuberkulose. Erbkrankte Frauen wurde zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen. Das Vorgehen mündete 1939 in der Anordnung Hitlers, unheilbar Kranken den Gnadentod zu gewähren. Mit der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ begann der planmäßige Massenmord. Erste Tötungsanstalt für Behinderte wurde das ehemalige Schloss Grafeneck auf der Schwäbischen Alb. Hier wurden 10.654 Menschen umgebracht, 4.451 aus Baden (48). Praktisch vor der Waldshuter Haustür waren in der zweiten Jahreshälfte 1940 aus dem Sankt Josefs Haus in Herten/Rheinfelden 345 Erwachsene und Kinder abgeholt und in Grafeneck getötet worden (7). Die Kirchen, schon voller Widerstand gegen die jahrelange Behinderung ihrer

Jugendarbeit und die zwangsweise Auflösung noch bestehender Jugendverbände in den Jahren 1938/39, sahen sich durch die Euthanasiegesetzgebung zum Widerspruch aufgerufen. Erzbischof Gröber und der evangelische württembergische Landesbischof Wurm forderten deutlich ein Ende des unmenschlichen Vorgehens. Den heftigsten Widerstand leisteten aber die Heime selbst. Insgesamt war der Widerstand erfolgreich, 1941 wurde das unmenschliche Vorgehen beendet (48).

Auch das Krankenhaus in Waldshut war in das Programm der Zwangssterilisation einbezogen. Ein geschätzter Mitarbeiter der Maschinenfabrik Mann, der siebzehnjährige Anton Reinhardt, wurde 1944 im Krankenhaus untergebracht. Als Sinto war er als „Zigeunermischling“ eingestuft worden. Aus rassenbiologischen Gründen sollte er zwangssterilisiert, wohl vasektomiert, werden. Er floh aus dem Krankenhaus, durchschwamm den Rhein, um in der Schweiz Schutz zu suchen. Dort wurde er festgenommen und trotz des Hinweises, dass mehrere seiner Verwandten nach Auschwitz deportiert worden seien, ins Elsass abgeschoben. Hier wurde er erneut verhaftet und in das Sicherungslager bei Gaggenau eingeliefert. Erneut gelang ihm die Flucht. In der Nähe von Bad Rippoldsau fiel er in die Hände einer Volksturm Einheit. Von einem improvisierten Standgericht wurde er zum Tode verurteilt. Er musste sein eigenes Grab schaufeln und wurde von einem SS-Mann mit Genickschuss getötet. Die Haupttäter wurden später wegen „Totschlags“ zu kurzzeitigen Haftstrafen verurteilt. In einem Brief nahm der Siebzehnjährige Abschied von seiner Mutter: „Ich wünsche euch eine gute Gesundheit und ein langes Leben. Gute Nacht“ (4).

Der katholische Publizist Walter Dirks erinnert an den zu spät aufkeimenden Widerstand führender Kirchenleute gegen die Rassenpolitik und die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. „Den Mut zu aktivem Widerstand brachten wir nicht auf“. Versucht wurde „in Anstand zu überleben“ (7). Lange hatte sich die Protesthaltung der katholischen Kirche auf die Aufrechterhaltung der eigenen Selbständigkeit beschränkt. Viele einfache Geistliche im Südwesten zeigten dagegen eher und energischer ihren Widerstand. Pfarrer Rombach aus Herrischried bezeichnete im August 1933 das Jungvolk der Hitlerjugend als Jungvieh. Zu Weihnachten 1939 verschenkte Pfarrer Haas aus dem Bezirk Schönau polnischen Kriegsgefangenen Wäsche aus eigenem Besitz, Gebäck und Rauchwaren. Danach musste er sich dem Oberstaatsanwalt in Waldshut zu einem Verfahren stellen und in Untersuchungshaft begeben (7). Als Pfarrer Berger aus Schwerzen bei der Beerdigung einer an der Sterilisation verstorbenen jungen Frau äußerte „derjenige, der das Mädchen zur Sterilisation gemeldet hat, ist der Mörder“, wurde er zu drei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt (4). Der Stadtpfarrer von Donaueschingen Heinrich Feuerstein predigte zu Beginn des Krieges gegen Grausamkeit und Töten, gegen das Vorgehen gegen die Kirche, gegen die Ermordung unschuldiger, wehrloser Menschen, von Krüppeln und Schwachsinnigen. Er kam 1942 im KZ Dachau um (7).

Ganz aus Waldshuter Nähe kam Pfarrer Max Josef Metzger. In Schopfheim geboren, wurde er dort 1911 zum Priester geweiht. Er war Pazifist, vertrat die Einheit der Kirchen und setzte sich für einen Ausgleich von Sozialismus und Christentum ein. Während des Krieges entwickelte er eine Friedensordnung für Europa und ließ sie dem Bischof von Uppsala zukommen. Dabei tappte er in die Falle einer Gestapoagentin. Kurz vor seinem Tod, er wurde am 17. April 1944 in Brandenburg an der Havel enthauptet, schrieb er seinen Dank an Gott nieder und bat um ein starkes Herz bis zuletzt (7). Nach dem Krieg fand eine Gedenkfeier statt, an der badische Priester, die das KZ überlebt hatten, teilnahmen. Leider kam Conrad Gröber der Einladung zu dieser Feier nicht nach.

Der evangelischen Kirche war der Abschied von der Weimarer Republik nicht schmerzlich. Mit dem Abdanken der Landesfürsten hatten die Landeskirchen auch ihren obersten Bischof verloren. In ihrem Staatsdenken blieb der politische Führer der von Gottesgnaden eingesetzte Herrscher. Auch der nationale Gedanke war in der evangelischen Bevölkerung stärker verwurzelt als in der katholischen Weltkirche und begünstigte die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Auf arischer Grundlage und gegen den Bolschewismus hatte sich bereits 1932 die nationalsozialistische Glaubensbewegung der Deutschen Christen formiert. Der zukünftige badische Landesbischof Kühlewein bot schon im März 1933 dem Hitlerstaat die Mitarbeit an. So ist im Generallandesarchiv Karlsruhe aus dieser Zeit zu lesen: „Die Spannungen zwischen Staat und evangelischer Kirche hat im Land Baden bis jetzt erfreulicherweise noch keinen Anlass zu einer Anklage oder auch nur Festnahme eines evangelischen Geistlichen gegeben“ (7). Zur harmonischen Ausbildung von Geist und Körper wurde den Vikaren vom Oberkirchenrat der Beitritt zur SA empfohlen. Aber schon 1934 formierte sich in Baden eine Gegenbewegung, der „Bekennerbund“, Vorläufer der badischen „Bekennnisgemeinschaft“. Schwerpunkte des Widerspruchs waren der zunehmende Einfluss des Nationalsozialismus auf die Kirche, die Aushöhlung von traditioneller Kirchlichkeit und Theologie. Der Vorsitzende war Karl Dürr, Gründungsmitglied der „Bekennenden Kirche“. Als die Badische Landeskirche 1934 in die von den Nationalsozialisten dominierte deutsch-christliche Reichskirche übergang, kündigte Dürr seinen Widerstand an: „Denn dieser Geist ist im tiefsten Grund der Geist weltlicher Macht und Gewaltanwendung, dem bis aufs Blut widerstanden werden muss“ (24). Schikanen der Gestapo waren die Folge.

Der evangelische Pfarrer in Waldshut August Winnecke stand der Spaltung in Deutsche Christen und Bekennende Kirche kritisch gegenüber. An der Reichskirche kritisierte er den autoritären Stil und die Glaubensferne vieler ihrer Mitglieder, begrüßte aber die nationale Revolution infolge der Machtübernahme. 1936 wurde Otto Kopp sein Nachfolger, ein volksnaher Geistlicher, der die Jugendarbeit der Nazis kritisierte und wie sein Vorgänger die Thesen Rosenbergs verwarf. Seine Volksnähe verhalf ihm, sich gegen Anfeindungen der Nazis in der Stadt zu behaupten. Auch der damalige katholische Gemeindepfarrer Josef Bieser, schon im Ersten Weltkrieg ein obrigkeitsorientierter Geistlicher, aber in Sachen Gleichschaltung der Presse und Jugendarbeit ein Gegner der Nazis, setzte sich für Kopp ein. Andererseits war Bieser bereit, bei Naziaufmärschen die Fahnen mit Hitlergruß zu ehren. Wie nicht unüblich für begrenzt gefügte Geistliche, wurde Kopp 1942 eingezogen und an die Ostfront beordert, wo er 1944 gefallen ist (11). In der Nähe von Schopfheim wirkte 1935 H. Bornhäuser, Mitglied der Bekennenden Kirche, als Pfarrverwalter. In seinen Erinnerungen bedauert er, nicht gewagt zu haben, deutlich zu reden wie Martin Niemöller oder Paul Schneider. Auch zeigt er tiefe Anerkennung für Julius von Jan, Pfarrer in Lenningen bei Reutlingen, der nach der Reichskristallnacht in klaren Worten, „vor Gott und in Gottes Namen“ die Gräueltaten der Nazis verurteilte: „Die Leidenschaften sind entfesselt, die Gebote Gottes missachtet, Gotteshäuser, die den anderen heilig waren, sind ungestraft niedergebrannt worden, das Eigentum der Fremden geraubt oder zerstört. Männer, die dem deutschen Volk treu gedient haben und ihre Pflicht erfüllt haben, wurden ins KZ geworfen, bloß weil sie einer anderen Rasse angehörten“ (4). Er wurde zu 16 Monaten Haft verurteilt.

Bewundernswert heftigen Widerstand leisteten die Bibelforscher, die Zeugen Jehovas. Sie verweigerten den Hitlergruß, die Wahlbeteiligung und die Mitarbeit in staatlichen Organisationen. Hitler war für sie der Antichrist. Dieser reagierte mit den Worten „diese Brut wird in Deutschland ausgerottet“. Nach dem Verbot der Glaubensgemeinschaft entwickelte

sich der grenznahe Hochrhein zu einem Umschlagplatz für die Ausgabe des „Wachtturms“. Zwei Waldshuter Bürger engagierten sich sehr mutig und aufopferungsvoll für ihre Glaubensbrüder und gegen das Hitlerregime. Josef Messmer war Leiter einer am Hochrhein sesshaften kleinen Gemeinde. Er baute den Wachtturmschmuggel zwischen der Schweiz und Deutschland auf. Als er Ende 1934 einen Beschwerdebrief an Hitler sandte und weiterhin den Hitlergruß verweigerte, wurde er 1937 verhaftet, nach Kislau gebracht und über Dachau und Buchenwald im KZ Majdanek getötet, vermutlich vergast. Sein Nachfolger in der Gemeinde war Alfred Schäfer. Nachts durchschwamm er den Rhein, um den Wachturm von Zurzach nach Kadelburg zu transportieren. Dabei blieb er unentdeckt, wurde aber bei seiner Missionstätigkeit in Dogern verhaftet und über Dachau ebenfalls nach Buchenwald und Sachsenhausen gebracht. Er wurde gefoltert, für medizinische Experimente missbraucht und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Als gebrochener Mann kam er 1946 wieder nach Waldshut zu seiner Familie. Bis zu seinem 65. Lebensjahr arbeitete er regelmäßig in der Schweiz und in Waldshut (47). Auch bei der Staatsanwaltschaft in Waldshut sind Verfahren gegen die Bibelforscher aktenkundig. Im Januar 1936 berichtete die Behörde unter der Rubrik „Politische Kriminalität“ dem Generalstaatsanwalt in Karlsruhe von zwei Verfahren, unabhängig von dem mutigen Einsatz der vorgenannten Waldshuter Bürger. Die Aktivitäten der Bibelforscher wurden in diesem Schreiben dem Einfluss der Bibelforschergemeinde in Zurzach zugeschrieben (7).

Diese wenigen und keinesfalls vollständigen Beispiele zeigen, es gab im Waldshuter Raum kirchlichen Widerstand, mehr passiv als aktiv. Zur Stimmung vieler Geistlicher in der Diözese zitiert H. Ott: „...kann unser katholisches Volk nicht verstehen, wie unsere Bischöfe immer wieder ein so freudiges, rückhaltloses Bekenntnis zum neuen Staat ablegen“ (32).

C. Die Schuldigen sind die Juden in Deutschland. (Julius Streicher 3.März 1933)

„Echt jüdisch feilschte Judas mit den Hohepriestern“ (10).

Wenn wir fragen, wie südbadische und Waldshuter Bürger sich zur Judenverfolgung und zum Holocaust verhielten, können wir die Haltung der katholischen Kirche und ihres Erzbischofs in Freiburg nicht unberücksichtigt lassen. Das einleitende Zitat hat C. Gröber in seiner Karfreitagspredigt 1941 gesprochen, die Zeit, als die Deportation der Juden begann und die Endlösung bevorstand. In seinem Handbuch aus dem Jahr 1937, eine Anleitung für seine Priester, findet er lobende Worte für den Antisemiten Paul de Lagarde (15). Seine Stellungnahmen zu dem Unrecht an den Juden sind mit seinem Widerstand gegen die Euthanasiegesetze nicht vergleichbar. Eugenik und Rassedenken flossen in sein Bild vom Menschen ein. Für die Nationalsozialisten waren die Deutschen verbunden durch das gleiche Blut. Volksgemeinschaft war Blutsgemeinschaft. In seiner Predigt am Blutfreitag 1937 in Weingarten bekennt sich Bischof Gröber im Namen der katholischen Kirche zum Grundsatz von Blut und Boden. „Die Menschen unterscheiden sich nach ihrer Artung. Wir haben einen anderen Blutcharakter als der Semit, als der Romane, als der Inder“, zitiert H. Ott (32). In seiner 1935 erschienenen Schrift „Kirche, Vaterland und Vaterlandsliebe“ erklärt C. Gröber die Verbindung zwischen Bluts- und Volkseinheit, wie das Blut Wechselbeziehungen zwischen Leib, Seele und Geistigem beeinflusst, „dass es nicht bloß ein Erbstück ist vom Vater und von der Mutter, sondern wie ein Strom aus der Vergangenheit wellt.“ (14).

Ein Antijudaismus hatte sich in der christlichen Kirche mit ihrem Übergang in eine Staatskirche ausgebildet. Er hat sich im Mittelalter bis in die Neuzeit hinein gehalten. Verstärkt wurde er in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Mitte des 13. Jahrhunderts kam es in

Konstanz zu Judenverfolgungen, an denen die Kirche nicht unbeteiligt war (38). Während der Pest 1348/49 wurden dort 330 Juden verbrannt und grausam hingerichtet. Judenpogrome sind auch aus Freiburg, Überlingen und Ravensburg bekannt (7). In wirtschaftlicher Hinsicht wurden die Juden in Handels- und Geldgeschäfte gedrängt, da Christen Zinsgeschäfte untersagt waren. Diese den Antisemitismus begünstigende Lage der Juden in Baden änderte sich erst im 19. Jahrhundert. Das Judenedikt von 1809 verbesserte die Bildungsmöglichkeiten der Juden. 1825 waren rund zwei Prozent der Bevölkerung in Baden Juden, in wenigen Ortschaften wie Gailingen und Randegg näherte sich ihr Anteil dem der nichtjüdischen Bevölkerung. In den Revolutionsjahren Mitte des Jahrhunderts war die Lage zwiespältig. Während der in der Waldshuter Region sehr aktive Friedrich Hecker die Gleichberechtigung der Juden forderte, kam es im nördlichen Baden erneut zu Pogromen (7). Einige Ortschaften und Städte gaben ihren jüdischen Einwohnern die Ortsbürgerrechte, andere nicht. Die Gleichstellung ab 1862 galt nur auf Landesebene, nicht für die einzelnen Gemeinden. Durch die Emanzipationsgesetzgebung Anfang der sechziger Jahre besserte sich die Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung. Der Zugang zu akademischen Berufen war nun frei. Der berufliche Aufstieg in angesehene Berufe löste bei den traditionellen Führungsschichten Misstrauen bis antisemitische Reaktionen aus. Mit Hitlers Machtergreifung 1933 war der jüdische Anteil an der Bevölkerung in Baden zwar auf etwa ein Prozent gefallen, aber 16 Prozent aller Rechtsanwälte und Notare waren Juden. 13 Prozent der Patentanwälte, 11 Prozent der Ärzte, 8 Prozent der Zahnärzte, 15 Prozent aller Makler und Kommissionäre und knapp 10 Prozent der Firmenagenten, Reisenden und Vertreter waren jüdischer Herkunft (7). Mit dem Aufstieg in sozial angesehene Berufe war eine Abwanderung vom Land in die Städte im Norden Badens verbunden. Hier kam es zu einer sozialen und kulturellen Integration, das Ansehen als gesellschaftliche Sondergruppe ging allmählich verloren (7). Aufbauend auf einem noch latent vorhandenem geschichtlichen, religiösen, wirtschafts- und bildungspolitischen Antisemitismus betonten die Nationalsozialisten die rassistische Ungleichheit der Juden gegenüber der arischen Rasse und nutzten die schwierige wirtschaftliche Lage, um den Juden eine Sündenbockfunktion zukommen zu lassen. Die grausamen Folgen sind bekannt und für Waldshut von Ch. Ruch und E. Hauffe beschrieben (37, 17). Ein Stimmungsbild für Waldshut und seine nahe Umgebung klingt in dem zu dieser Zeit hier verbreiteten Spottvers an: „Jud, Jud, Ekezah, Morn muesch en Wecke ha, übermorn muesch verrecke dra!“ (38).

„Unsere Agentur ist nicht dafür da, dass es den Juden gut geht“ (49).

Diese Antwort des Schweizer Außenministeriums an den Kanzler der Schweizerischen Konsulatsagentur in Bregenz, E. Prodoliet, ist ein Beispiel für den Riss, der die Schweizer Asylpolitik durchzieht. Prodoliet hatte großzügig Visa an verfolgte Juden ausgestellt und ihnen teils persönlich geholfen. Er wurde gezwungen, seine Tätigkeit in Bregenz aufzugeben.

Die Grenze am Hochrhein und Bodensee entwickelte sich während der Nazizeit immer mehr zu einem Schwerpunkt der Fluchtbewegung, waren die übrigen Grenzländer doch nach und nach von den Nazis besetzt worden. Immer häufiger stellte sich für den Waldshuter Bürger die Frage, wie er sich gegenüber den rassistischen Verfolgungen und den flüchtenden Menschen verhalten sollte. Die Haltung der Nazis und ihre Propaganda waren eindeutig, die der Kirchen in der Region zögerlich bis passiv. Konnte das Verhalten der Schweiz Richtschnur sein? Hatte doch das Nachbarland eine lange Tradition mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Sie reichte über die Hilfe für Hugenotten, Liberale und Sozialisten bis zu den Kommunisten vor der Oktoberrevolution 1917.

Mit der Machtübernahme durch die Nazis verließen zahlreiche Menschen Deutschland. Im Südwesten waren es zunächst politisch verfolgte Sozialdemokraten und Kommunisten. Aber schon der Boykott jüdischer Geschäfte hatte zum Ziel, die Juden aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. „Volksgenosse kann nur sein, wer deutsches Blut ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“, stand schon 1920 im Parteiprogramm der NSDAP (50). Auch in Waldshut wurden jüdische Geschäftsleute, Beamte und Ärzte Opfer des Boykotts. „In Tiengen sieht man Fremde gern, doch der Jude bleibe fern“ war in der angrenzenden Nachbarstadt für jedermann zu lesen (7). War die Reichsregierung aus außenpolitischen Gründen und bis zur Olympiade 1936 noch bemüht, die Judenhetze in Grenzen zu halten, entfielen die Skrupel auf der unteren Partei- und Verwaltungsebene. Dafür sind auch die Vorfälle in Waldshut ein Beispiel (17, 37). Was lag näher als sich in die benachbarte und neutrale Schweiz abzusetzen. Diese hatte 1933 die Unterscheidung zwischen politischen und anderen Flüchtlingen festgelegt. Nur wer wegen seiner politischen Tätigkeit gefährdet war, galt als politischer Flüchtling. Lediglich hohe Staatsbeamte, Führer von Linksparteien, aber keine Kommunisten, und bekannte Schriftsteller sollten aufgenommen werden. Bis 1945 waren das lediglich 644 Personen (26). Alle anderen Flüchtlinge wurden rechtlich als Ausländer behandelt. So auch die Juden. Sie waren den kantonalen Polizeibehörden unterstellt. Den Juden, die dem Naziterror zu entkommen suchten, blieb damit nur der illegale Weg über die Grenze. Die besten Aussichten dafür waren am Hochrhein zwischen Basel und Bodensee gegeben. Anfangs war es Ziel des Hitlerregimes, die Juden aus Deutschland zu vertreiben. Nur so ist es zu verstehen, dass die Gestapo bei Vorliegen der erforderlichen Formalitäten und nach Empfang der notwendigen Abgaben, den Transport der Flüchtlinge unterstützte und auch organisierte. Bevorzugt erfolgte das im Raum Konstanz. Den Schweizer Behörden blieb das nicht verborgen (49). Die einzelnen Kantone behandelten die Flüchtlinge mehr oder weniger restriktiv, es bestand ein Erwerbsverbot und die Auflage, die Schweiz möglichst umgehend wieder zu verlassen. Die Schweiz sah sich immer nur als Transitland. War die Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden, wurden die Flüchtlinge unter dem Argument der Überfremdung wieder ausgeschafft. Ende 1937 befanden sich dadurch nur etwa 5000 Flüchtlinge in der Schweiz (26).

1935 wurden die Juden durch die Nürnberger Gesetze zu einer „Rasse“ minderen Rechts. Die Verdrängung aus ihrer gesellschaftlichen Stellung in die Isolation war die Folge. Mit der Besetzung Österreichs und der Reichskristallnacht 1938 drängten tausende Juden an die Schweizer Grenze. Ch. Ruch und Eugen Hauffe schildern die unerfreulichen Vorgänge in Waldshut, den Stadtratsbeschluss zum unerwünschten Zuzug und Grunderwerb von Juden, die Gewaltexzesse gegen sie und die Fluchtwege der von Gewalt Betroffenen (17, 37, 47). Die Schweiz sah sich genötigt, die Grenze zu schließen. Von den etwa 100.000 Juden, die Österreich verließen, kamen rund 6.000 in die Schweiz. Die Zahl der Flüchtlinge lag damit 1939 bei rund 12.000 (26). Als 1938 auch noch die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft auf der Konferenz von Evian scheiterten, sich auf ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingsfrage zu einigen, führte die Schweiz die Visumpflicht für „Nichtarier“ ein. Daraufhin und in Sorge, die Visumpflicht für alle Deutschen könnte folgen, gingen die deutschen Behörden auf den Schweizer Vorschlag ein, die Pässe deutscher Juden mit einem „J-Stempel“ zu kennzeichnen (26). Die Folge war, dass jüdische Flüchtlinge trotz der zu erwartenden Strafmaßnahmen an die deutsche Polizei übergeben wurden. Die Schweizer Grenzkontrolle schreckte dabei auch nicht vor Gewaltanwendung zurück (26). Von 1939 bis 1945 wurden rund 30.000 Juden abgewiesen und den deutschen Behörden übergeben.

Beidseits der Grenze am Hochrhein gab es Menschen, die sich verpflichtet sahen, den bedauernswerten Flüchtlingen zu helfen. Neben E. Prodoliet war es der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüniger, der in diesen Jahren bis 1939 Hunderten von Flüchtlingen entgegen den Bestimmungen die Flucht in die Schweiz ermöglichte. Er wurde entlassen und 1940 verurteilt. Erst nach seinem Tod wurde er 1993 juristisch rehabilitiert (26). Auch der Leiter der Konstanzer Gestapostelle J. Weyrauch war bei der illegalen Ausreise von etwa 300 Juden persönlich hilfreich. Er wurde nach Klagenfurt und Koblenz strafversetzt. 1948 wurde er im Rahmen der Entnazifizierung als Minderbelasteter anerkannt (49).

Mit Kriegsbeginn, dem Auswanderungsverbot in Deutschland und der Deportation der Juden in die Vernichtungslager änderte die Schweiz erneut den Umgang mit den Verfolgten. Neben den Flüchtlingen aus Deutschland suchten nun auch Kriegsvertriebene aus den Nachbarländern Zuflucht. Die Ausreise aus der Schweiz wurde immer schwieriger. Das Konzept "Transitland" war gescheitert. Mit Kriegsbeginn saßen rund sieben- bis achttausend dieser Emigranten in der Schweiz fest, fünftausend waren Juden. Im Oktober 1939 wurden auf Beschluss des Bundesrates diese Emigranten verpflichtet, die Schweiz so bald wie möglich zu verlassen, auf politische Aktivitäten und Erwerbstätigkeit zu verzichten. Ab 1940 wurden sie in zivil geführten Arbeitslagern interniert und mussten Abgaben für Flüchtlingsorganisationen leisten. Die Lager dienten auch ihrer Kontrolle und Disziplinierung (26). Als 1942 die Deportation der Juden in den Osten begann, darunter auch die 1940 nach Gurs in Südfrankreich verschleppten Waldshuter und Tiengener Juden, reagierten die Schweizer Behörden nicht mit einer Lockerung der Flüchtlingspolitik, sondern einer Grenzschießung. Da das Schicksal der Juden im Osten bekannt war, reagierte die Schweizer Bevölkerung teilweise sehr heftig. Die als Flüchtlingsmutter bekannte Gertrud Kurz und der Protest der „Jungen Kirche“ erreichten eine Lockerung der eingeleiteten Maßnahmen. Diese wurden aber kurze Zeit später von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament wieder rückgängig gemacht (44). Das Boot sei voll. Erst 1944, als eine halbe Million Juden aus Ungarn in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert wurden, erkannten die Schweizer Behörden die Juden als allgemein gefährdete Flüchtlinge an.

Ende des Krieges lag die Zahl der Schutzsuchenden in der Schweiz bei 115.000, darunter etwa 50.000 französische Soldaten und Zivilisten und sie begleitende polnische Soldaten (26). Sie waren schon nach der Niederlage der Franzosen in die Schweiz geflohen. Während des gesamten Krieges waren zeitweise rund 300.000 Schutzsuchende, darunter über hunderttausend Militärflüchtlinge, in der Schweiz (26). Nach Kriegsende drängte die Schweiz die Verbliebenen, zügig das Land zu verlassen.

„Dennoch zeigte Waldshut in den Jahren der NS-Herrschaft ein eigentümliches Doppelgesicht“ (37).

Eugen Hauffe beschreibt die Stimmung zu Beginn der Naziherrschaft in großen Teilen der Waldshuter Bevölkerung als überwiegend unpolitisch. So kümmerte man sich nicht um das Parteienverbots- oder das Sterilisationsgesetz. Auch das schwere Schicksal der politisch Verfolgten, der Zeugen Jehovas und der Juden regte kaum zum Nachfragen an. „Wegzusehen entwickelte sich zur Überlebenskunst“ (17). Vereinzelt gab es im Lärmschatten der Bahnlinie Fluchthilfe über den Rhein, mit der Fluchtbewegung an der grünen Grenze aber nicht vergleichbar. Auch Christian Ruch zitiert das gesplittete Bewusstsein der Bevölkerung, gekoppelt mit wachsender Apolitisierung und dem Rückzug ins Private (37). Er spricht von einem Nebeneinander von Nationalsozialismus und bürgerlichem Katholizismus, eben einem Doppelgesicht. Mut zum Widerstand konnte der Waldshuter Bürger aber auch nicht aus seiner Kirche mitnehmen. Davon hatte sein Erzbischof eindringlich abgeraten.

Fühlte sich die Waldshuter Bevölkerung gegenüber den Verfolgten ihrem Solidaritätsgefühl verpflichtet, so lehrten die Nazis, dass ein Solidaritätsanspruch ausschließlich für Angehörige der Volksgemeinschaft bestand. Wer Solidarität außerhalb der Volksgemeinschaft praktizierte, beging Verrat an Volk und Rasse (4). Auch die ihrer Flüchtlingstradition verpflichtete Schweiz mit ihren internationalen Flüchtlingsorganisationen war kein motivierendes Vorbild. Und welche Richtlinien gaben Rechtsprechung und Bildungseinrichtungen vor der Haustüre? Erstklässler brachten ihren ersten vollständig geschriebenen Satz mit nach Hause: „Adolf Hitler ist unser Führer“ (5). Im Fach Religion wurden die Wochensprüche der NSDAP gelehrt: „Der Führer hat immer recht“, „Der Führer handelt, wenn die Zeit reif ist“ (6). An der Rechtsprechung Orientierung zu finden, war dem Bürger in Waldshut auch nicht möglich. Der „Blutrichter von Baden“ Oskar Schmoll war hier Landgerichtspräsident und ein gnadenloser Verfechter der Nazi-Ideologie.

„Wegsehen entwickelte sich zur Überlebenskunst“. Überlassen wir zur Frage der Kollektivschuld und zum Widerstandsproblem Erzbischof Gröber das Wort, der in Waldshut mit einer Platzbenennung geehrt wird: „Man wirft uns vielleicht vor, wir hätten das vergangene System unter Anwendung von Gewalt abschütteln sollen, und darin bestehe, von anderem abgesehen, unsere allgemeine Schuld, dass wir es nicht tapfer und rechtzeitig unternahmen. Wir antworten: Wer im deutschen Volk lebte, der weiß, dass wir das Letzte versuchten, was in unserem Vermögen stand, und charaktervoll uns wehrten und auch entschlossen waren, die Freiheitsberaubung oder gar den Verlust unseres Lebens zu ertragen. Aber die uns gegenüberstehende brutale und raffiniert organisierte Macht war so groß, dass wir, zumal wir Christen und Katholiken, an eine Revolution nicht denken konnten, weil einerseits die Regierung seinerzeit auf Grund einer gültigen Volksabstimmung in die Hände der anderen gekommen war und damit als rechtmäßig galt, und weil außerdem Widerstand an der rücksichtslosen, durch keine Gewissensbedenken gehinderten Gewalt zerbrach“ (32). Ist dieses Hirtenwort vom 8. Mai 1945 eine Antwort auf den Vorwurf des Auschwitz-Überlebenden und Nobelpreisträgers Eli Wiesel, dass in Auschwitz nicht das jüdische Volk, sondern das Christentum gestorben ist?

D. Erst mit politischer Macht und Kampf können die wirtschaftlichen Zustände geändert werden. (Adolf Hitler 3.Feb.1933)

„Arbeitslosigkeit bringt Not. Arbeit schafft Brot.“ (22).

Dieses Zitat aus einer Gregor Strasser Rede 1932 leitet über zu der Frage, ob es den Nationalsozialisten nach der Machtergreifung gelang, mit Verminderung der Arbeitslosigkeit den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. 1932 war der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise erreicht. Annähernd sechs Millionen Menschen waren ohne Arbeit, rund 30 Prozent der Erwerbstätigen (46). Das waren doppelt so viele wie in Großbritannien und dreimal mehr als im Nachbarland Schweiz (16). In Baden waren Ende Januar 1933 an die 184 000 Bürger arbeitslos, 76 pro 1000 Einwohnern, sechzehn weniger als im Reich (6, 48). Die Massenarbeitslosigkeit entzog dem Wohlfahrtsstaat den materiellen Boden und den Betroffenen die soziale Absicherung (39). Besonders stark betroffen waren Bau-, Holz- und Metallindustrie. 1934 hatte sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland bereits halbiert. Da der Machtwechsel 1933 in die Phase eines beginnenden Aufschwungs der Weltwirtschaft fiel, kann die anfänglich schnelle Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht allein der Arbeitspolitik der Nazis zugerechnet werden. Bereits 1931 war der freiwillige Reichsarbeitsdienst

eingeführt worden. Ende 1932 waren dort 250.000 Personen beschäftigt. Auch die Bauindustrie hatte schon vor der Machtergreifung einen Aufschwung erfahren. 1933 waren hier rund 300.000 Arbeiter tätig (33). Die frühen Maßnahmen der Hitler-Regierung wie die Aufhebung der KFZ-Steuer, der Verzicht auf Arbeitslosenversicherung für Hausgehilfinnen, der Beginn des Autobahnbaus, Steuererleichterungen, vor allem für die notleidende Landwirtschaft, und die Ehestandsdarlehen waren von begrenztem Erfolg. Das Reinhard-Programm sah zwar eine Milliarde RM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor, 1933 konnten aber nur 95 Mio. RM wirksam werden. Erst 1935 konnte mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Einführung des obligatorischen Arbeitsdienstes für männlich und weibliche Jugendliche der Arbeitsmarkt anhaltend entlastet werden. Die Rüstungsausgaben stiegen von weniger als einer Milliarde RM 1933 auf 5,4 Mrd. 1935 und auf 17,2 Mrd. 1938. Entsprechend sank 1937 die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million, 1939 gab es praktisch keine Arbeitslosigkeit mehr. Dagegen wirkten die Eingriffe in die Grundrechte, die Gleichschaltung der Länder, das Verbot von Gewerkschaften und Parteien dämpfend auf die Wirtschaft, sie befürchtete Eingriffe der Regierung (33). 1934 starb Hindenburg, das Amt des Reichspräsidenten wurde abgeschafft. „Heute ist Hitler ganz Deutschland“ verkündeten die Zeitungen (23). Hitler war nun der alleinige „Führer“; Staatsgewalt war Führergewalt. Führerwille war die alleinverbindliche Rechtsquelle (39). Die Wirtschaft wurde zunehmend Hitlers politischen Zielen untergeordnet. Im Sinne einer Kriegswirtschaft wurden Schwer-, chemische und Investitionsgüterindustrie gefördert, Konsumgüter- und Textilindustrie zurückgefahren. Das Bruttosozialprodukt stieg im Jahr der Machtergreifung nur um zwei, die Industrieproduktion um acht Prozent. Konsumpreise und Privatkonsum stagnierten, die Reallöhne sanken um zwei Prozent. Da 1933 ein Lohnstopp verordnet worden war, die Lebensmittelpreise aber stiegen, kam es Ende 1935 zu einem Stimmungstief in der unterprivilegierten Bevölkerung (31). Erst als danach die Ausgaben der Reichsregierung für die militärische Aufrüstung deutlich angehoben wurden, stiegen öffentlicher Konsum und Investitionen an. Die Ausgaben der Länder und Gemeinden dagegen stagnierten auf niedrigem Niveau, auch in Waldshut (33).

Der Vergleich des Konsums einer Arbeiterfamilie zeigte 1937 gegenüber 1927 einen Rückgang bei Fleisch von 18 Prozent, für Milch von 14, für Eier von 41, für Weizenbrot von 44 und bei Bier sogar von 59 Prozent. Nicht veredelte Nahrungsmittel dagegen wurden vermehrt konsumiert. Der Verzehr von Roggenbrot stieg um zwanzig, der von Kartoffeln um vier Prozent. Der jährliche Konsum pro Kopf und Jahr war bis 1935 gegenüber den letzten Jahren vor 1929 deutlich erniedrigt (45). Das hatte Folgen für Krankheit und Sterblichkeit. Gegenüber dem europäischen Durchschnitt nahm die Körpergröße der Kinder von 1933 bis 1937 leicht ab, die Sterblichkeit der Bevölkerung nahm in diesem Zeitraum um 8 Prozent zu, während sie in den Nachbarländern sank. Steigende Ungleichheit im Einkommen, Verschlechterungen der Gesundheitsversorgung und steigende Arbeitsbelastung mögen dafür verantwortlich gewesen sein. Die Wochenarbeitszeit in der verarbeitenden Industrie stieg in diesem Zeitraum auf über 46 Stunden (33). Da rassistische Gesichtspunkte in die Gesundheitspolitik einfließen, verminderte sich die Zahl der Ärzte bis 1938 um 16 Prozent. Krankheitsursachen wurden erbbiologisch gedeutet, nicht behandelt, sondern bekämpft. Die Tuberkulose ist dafür nur ein Beispiel. Sie galt als Sippenerkrankung zum Nachteil der Volksgesundheit.

Das infolge der hohen Arbeitslosigkeit überforderte Sozialsystem konnte nach und nach in seiner Funktionsfähigkeit wiederhergestellt werden, die Sozialleistungen folgten jedoch nicht dem wirtschaftlichen Aufschwung. Mehr und mehr wurde aus der Arbeitslosenversicherung

eine Arbeitslosenfürsorge (39). Ein freiheitlicher Arbeitsmarkt gehörte der Vergangenheit an, im Arbeitsbereich kam es zu Zwangsregulierungen. Es gab zwar Vollbeschäftigung, der „Arbeitseinsatz“ war aber eine Indienstnahme für die Kriegspolitik Hitlers (39). Um die Arbeiter in das Nazi-Regime zu integrieren, wurden nach Auflösung der Gewerkschaften Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem Einheitsverband, der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) zusammengefasst. Ziel war die Aufhebung individueller, betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung. „Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ hieß es in der entsprechenden Verordnung (3). Die Mitglieder sollten dort ihrer körperlichen und geistigen Verfassung gemäß mit höchster Leistung den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft erarbeiten. Dazu musste ein nach Einkommen und Familienstand gestaffelter Beitrag geleistet werden (48). Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftler, Juden, religiöse Widerständler konnten keine Volksgenossen sein und der DAF nicht angehören. Das soziale Sicherungssystem wurde zwar im Kern erhalten. Die Berentung des Mittelstandes, die soziale Versorgung von Mutter und Kind, Gesundheitsfürsorge, Unfallverhütung und die Erholungsmöglichkeiten für verdiente Volksgenossen wurden sogar ausgebaut. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF), eine Unterorganisation im DAF, organisierte Freizeitgestaltung und Urlaubsreisen. Die Bevölkerung sollte für das Regime gewonnen werden. Aber die soziale Versorgung war nur für die Volksgemeinschaft bestimmt und hatte keine Rechtsgarantie. Damit war die 1924 beschlossene Fürsorgepflicht der Landes- und Bezirksfürsorgeverbände aufgehoben. Das Dritte Reich war ein Sozialstaat für Freunde (3). Dafür kann der Brief einer schwangeren Frau mit bereits drei Kindern aus der Bodenseeregion Zeugnis ablegen. „Erbarmen Sie sich einer armen Frau und 3 armer Kinder“ schrieb sie verzweifelt an den Reichsstatthalter in Baden, Robert Wagner. Sie hatte keinerlei Einkommen, da ihr Mann aus politischen Gründen in Stockach inhaftiert war (7).

„Wenn der Almosengeber verschwindet, wird auch der Bettler das Feld räumen“ (21).

In ihrer Abhandlung über die Bekämpfung des Bettelunwesens in der NS-Zeit zitiert A. Schulz diese Worte aus dem Schreiben des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen vom 15. August 1933. Ziel war die Verhaltensänderung der Öffentlichkeit (21). Kampagnen und Razzien gegen Bettler und Arbeitslose gehörten zu den frühzeitigen Maßnahmen der Nazis. Bezieher von Arbeitslosenfürsorge und Almosenempfänger sollten in Lagern zur Arbeit für das Volkswohl erzogen werden (41). Wohltätigkeitseinrichtungen wurden angehalten, ihre Unterstützung zurückzufahren, vor allem kein Bargeld zu geben. Bettlergutscheine für Mahlzeiten und Übernachtung wurden der Inneren Mission untersagt. Die von den Nazis gegründete Stiftung „Winterhilfe“ sollte im Gegenzug unterstützt werden. Diese sammelte Geld- und Sachspenden, um bedürftigen „Volksgenossen“ zu helfen. Im Winterhalbjahr wurde den Arbeitnehmern ein fester Betrag vom Lohn abgezogen und der Stiftung zugeführt. Obwohl zunächst jeder Hilfsbedürftige Unterstützung beantragen konnte, wurden zunehmend rassistisch-erbbiologische Kriterien für der Vergabe der Gelder angewandt. Bevorzugt wurden Erbgesunde und rassistisch Hochwertige. Als das Spendenaufkommen gegen die Milliarde RM ging, wurden Anteile auch für den Bau eines VW-Werkes, für die Bereitstellung der Radio-Volksempfänger und den Bau von Krankenhäusern verwendet. In der Bevölkerung fand diese Form der Unterstützung Anerkennung, man hatte mit seiner Spende ja etwas Gutes getan. Opfer waren die „minderwertigen Bettler“, die in Schutzhaft genommen und in Konzentrationslager gebracht wurden. Unterstützungsgelder würden bei diesen Personen zu einer Lähmung der Arbeitslust führen, war die Begründung. Arbeitsfähigkeit wurde ein Kriterium der Selektion, auch bei Suchterkrankungen. Wie bei psychischen und geistigen Erkrankungen und teils therapiefähigen Erbkrankheiten waren

Zwangssterilisationen bei Angehörigen von Alkoholkranken nicht unüblich (21). Schon vor der Machtergreifung hatten die Nationalsozialisten die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV) gegründet, ein mildtätiger Verein, der in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit bedürftigen Familien half. Er wurde von seinen Mitgliedern finanziert. Später übernahm er weitgehend Dienstleistungen, wie den Betrieb von Kindergärten, die Kinderlandverschickung und das Hilfswerk „Mutter und Kind“. Dabei konnten nur erbgesunde, „wertvolle“ Volksgenossen Anspruch auf Unterstützung erwarten (39). Christliche Motive waren der NSV fremd. Der Paritätische Wohlfahrtsverband war 1934 aufgelöst worden und ging in der NSV auf. Das Deutsche Rote Kreuz wurde gleichgeschaltet und 1937 verpflichtet, im Sanitätsdienst der Wehrmacht mitzuwirken. Die Arbeiterwohlfahrt war schon frühzeitig im Rahmen des Vorgehens gegen die Sozialisten aufgelöst worden (48). Das Sammlungsgesetz von 1934 erlaubte Sammlungen nur noch während des Gottesdienstes in kirchlichen Räumen und für Partei und Staat. Das nationalsozialistische Winterhilfswerk sollte dadurch gestärkt werden. Im Südwesten blieben die Erträge aus kirchlichen Kollekten aber annähernd konstant.

„So zum Beispiel habe ich festgestellt, dass die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden“ (6).

Nach seinem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler im November 1939 gab der württembergische Kunstschreiner Johann Georg Elser u. a. diese Worte zu Protokoll. Er beschrieb damit treffend die soziale Lage vieler Arbeiter in Baden und Württemberg. Zwar waren bis 1938 im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise Konsum und Wohlstand gestiegen, das Realeinkommen der Arbeiter war aber gegenüber 1932/33 gesunken, außer man arbeitete in der Rüstungsindustrie. Verbessern ließ sich das nur durch Mehrarbeit (6). Baden hatte gegenüber Württemberg an Wirtschaftskraft verloren. Über Reichsbahn und Luftwaffe hinaus gab es hier wenige kriegswichtige Betriebe. Mit Kriegsausbruch sollte sich das ändern. Kriegsproduktion drang bis in bombenverschonte Schwarzwaldgemeinden vor (6). Die Holzindustrie sorgte für die Erstellung von Unterkünften für das Militär, Furtwangen wurde ein Zentrum für die Kommunikationstechnologie. Die feinmechanische Industrie war in die Produktion von Sprengkörpern eingebunden. Die Uhrenindustrie erlitt einen Einbruch. In der Landwirtschaft stiegen die Hektarerträge zwar deutlich, die Rentabilität dagegen sank. Die Rüstung erwies sich als Hemmschuh für eine notwendige Modernisierung in der Landwirtschaft. Es fehlte am Notwendigsten wie an Melkkübeln und Kleidung (6). Auch die vom NS-Regime beworbene Überwindung der Klassenschranken erfüllte sich nicht. Die unteren Einkommen stagnierten. Der Beitrag der Arbeiter und Tagelöhner zum Volkseinkommen sank (45). Arbeiter und kleine Angestellte glaubten aber weiterhin an das propagierte Gleichheitsideal der Volksgemeinschaft. Die Naziführung aber hatte schon lange eine bevorzugte Beziehung zum loyalen Großunternehmertum aufgebaut, das für die Realisierung der Rüstungspläne wichtiger war als die Überwindung der Klassenschranken.

Wie ist es heute für uns zu verstehen, dass trotz der materiellen Einbußen für große Teile der badischen Bevölkerung anfänglich eine hohe und ansteigende Zustimmung zum Hitler-Regime zu beobachten war? Drei wirtschaftliche Faktoren waren daran maßgeblich beteiligt: der Anstieg des Konsums ab Mitte der Dreißigerjahre, der 1936 erstmals wieder das Niveau der Jahre vor der Weltwirtschaftskrise übertraf, die Zuversicht auf einen von den Nazis propagierten höheren Lebensstandard und als wesentlichster Faktor die Verminderung der Arbeitslosigkeit, die 1938 unter drei Prozent fiel. Von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit war das Wohlbefinden der Menschen schon immer am stärksten beeinflusst worden (45). Dazu kam die Verfestigung eines positiven Hitlerbildes auch in Baden.

„Hitler treu ergeben, treu bis in den Tod“ (30).

Der 89-jährige Zeitzeuge aus Lörrach erinnert sich an diesen Liedtext, an die Vereinbarkeit von sonntäglichem Besuch des Gottesdienstes und der Ideologie der NSDAP. „Sagen Sie mir, was sollte ich anderes denken mit meinen 10 Jahren?“ fragt er seinen Interviewer H. Noe (30). Er erinnert sich an seine Waldshuter Zeit, an die dortige Begeisterung für die Olympiade 1936 und an die hier stationierten Soldaten in feldgrauen Uniformen, die Helden seiner Kindheit, vermutlich Angehörige der Sicherheitspolizei. „Und dann die Versammlungen der SPD und KPD! Da ging es immer chaotisch zu. Das machte Angst. Und wenn die NSDAP aufmarschierte, war alles geordnet“, sind seine Worte. Die von ihm angesprochene Vereinbarkeit von Gottesdienstbesuch und Ideologie der NSDAP erinnert an einen Tagebucheintrag Goebbels aus dem Jahr 1945: „Wenn der Führer spricht, ist es wie ein Gottesdienst“ (23). Dieser Mythos um Hitler war bereits vor seiner Machtübernahme aufgebaut worden. Nach dem 1. Weltkrieg zeigten sich überall in Europa, wo das parlamentarische System schwächelte, populistische und militaristische Tendenzen zu einem Führertum. So in Deutschland, ohne anfänglichen Bezug auf Hitler. Bereits 1912 äußerte Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und Wegbereiter für den Nationalsozialismus: „Das Bedürfnis lebt heute noch in den Besten unseres Volkes, einem starken Führer zu folgen“ (23). Zu diesen „Besten“ zählten zunächst die protestantische Mittelschicht und viele Intellektuelle. Begünstigend wirkten nach dem 1. Weltkrieg die Gräben innerhalb der Gesellschaft, Schwächen der Parteien und die Sorge vor einem Erstarken des Sozialismus. Auf einem Flügel der protestantischen Kirche taten sich pseudoreligiöse Stimmungen auf, die völkische politische Ideen mit christlichem Erweckungseifer verbanden, die einem nationalen Führer „politisches Heil“ und christliche Erneuerung zutrauten (23). Hart, mitleidlos, entschlossen und radikal sollte dieser Mann aus dem Volk Privilegien und Klassen in der Gesellschaft beseitigen und eine „nationale Gemeinschaft“ gründen (23). Dieser Führer konnte nur ein „Träger göttlicher Schicksals- und Gnadengewalt“ sein. Zu Beginn der Weimarer Republik noch eine Randmeinung, rückte sie mit Weltwirtschafts- und Regierungskrise immer weiter in das Zentrum der Gesellschaft. Selbst die Führung der Automobilindustrie war der Meinung, dass die Schwäche der Industrie nur durch eine Führerpersönlichkeit von großer Tatkraft überwunden werden könne (23). In der NSDAP war seit 1923 Hitler dieser Mann. So wurden in Memmingen neue Mitglieder mit den eingangs zitierten Worten „treu bis in den Tod“ feierlich auf Hitler eingeschworen (23). Ab 1930 war der Hitlerkult nicht mehr nur bei den Nationalsozialisten verbreitet. Begünstigt durch zunehmende Präsenz in der Presse, erreichte er weite Teile der Bevölkerung. Linke Pressestimmen, die in Hitler einen Mann des Monokapitals und Feind der Arbeiterklasse sahen und katholische Äußerungen, die Hitler gottlosen Bolschewismus, Verachtung der Menschenrechte und Kriegstreiberei vorwarfen, konnten das nicht verhindern. Hitler aber erkannte in diesen Tagen, dass er sein antichristliches Image abstreifen musste (23). Der Nationalsozialismus als Schutzschild der Kirche gegen den Marxismus wurde nun in den Vordergrund geschoben. 1932 bezeichnete sich Hitler als tiefreligiös. Die seelische Not des deutschen Volkes sei größer als die wirtschaftliche. Vierzehn Millionen Menschen in Deutschland seien antireligiös und atheistische Marxisten, war seine Kritik (23). 1933 betonte er Toleranz und Hilfsbereitschaft gegenüber der Kirche, was die katholischen Bischöfe bewog, entgegen der zahlreichen ablehnenden Stimmen an der Basis, eine wohlwollendere Meinung zum Nationalsozialismus anzunehmen. Als Kardinal Faulhaber 1936 äußerte, der Reichskanzler lebe ohne Zweifel im Glauben an Gott, erkenne das Christentum an, löste sich das positive Hitlerbild von dem doch häufig

negativen Bild lokaler Parteiaktivisten, die gegen Kirche und kommunale Einrichtungen vorgingen. Auch in großen Teilen der protestantischen Kirche sah man in Hitler den Schutzherrn gegen die Parteiradikalen. Hitler sei der Beschützer der christlichen Religion, die Hoffnung der Bauern und das Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr (23). Das letzte Argument fand auch in konservativen Kreisen und der Mittelschicht Gehör, alle drei Argumente bei Teilen der armen Bevölkerung. Ein wirkungsvolles Hitlerbild in der breiten Masse des Volkes setze aber innen- und außenpolitische Erfolge voraus. Ein starkes Argument war der Rückgang der Arbeitslosigkeit und damit verbunden der Armut und der ländlichen Verschuldung. Der Röhms-Putsch 1934 wurde Hitler gutgeschrieben, endlich sei er gegen das Wüten der SA und radikaler Mitglieder vorgegangen. „Der Führer räumt auf“ hieß es. In Baden hörte man Stimmen, die Hitler wegen seines mutigen Handelns als Held bezeichneten (23). Der Ausgang der Saarabstimmung, die Einführung der Wehrpflicht 1935 und die Besetzung des Rheinlandes 1936 hoben die als diskriminierend angesehene Bestimmungen des Versailler Vertrages auf und trugen maßgeblich zum Aufbau eines Hitler-Mythos bei. Es waren die Jahre, in denen sich Hitler von den belastenden innenpolitischen Aktivitäten zurückzog, um sich mit diplomatischen und außenpolitischen Erfolgen den Aufbau seines Führer-Mythos zu erleichtern. Die Erfolge waren schließlich friedlich zustande gekommen, auch der Anschluss Österreichs von 1938. Deutsche Größe war von einem um die Erhaltung des Friedens besorgten Führer erreicht worden, war die Meinung. Dieses Bild wurde von Hitler gepflegt: „Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur von Frieden zu reden“, betonte er 1938 (23). Seinen Antisemitismus thematisierte er in seinen Reden bis 1939 sehr zurückhaltend. Das Führerbild sollte von gewalttätiger Judenhetze verschont bleiben. Das galt auch für seine Reden um den Zeitpunkt der Reichskristallnacht, dafür waren die Gewalttaten in der Bevölkerung zu unpopulär (23). Die „Judenfrage“ stand bei der Gestaltung des Hitlerbildes in der Bevölkerung nicht im Vordergrund und spielte bei der Stärkung der Bande zwischen Führer und Volk eine untergeordnete Rolle (23). Juden waren keine Volksgenossen und für die Verwirklichung der Willens- und Glaubensgemeinschaft nicht vorrangig. Das Hitlerbild war für das Verhältnis zur NSDAP aber überaus wichtig. Selbst Goebbels musste das zwei Jahre später thematisieren, als die Nazi-Ideologie zu verblässen begann: „Die Leute weigern sich, die Partei zu unterstützen, aber sie glauben an Hitler“ (23).

„Vom Kornhaus und Johannis-Platz marschierte man zum Sipo oder Wolfsacker, zum Exerzieren, Fußball und Geländespiel“ (43).

So erinnert sich H. Studinger an den Beginn der Hitlerjugend 1933 in Waldshut, seine Verpflichtung und die seiner 10- bis 18-jährigen Kameraden. Der Verpflichtung entziehen konnten sie sich praktisch nicht. Die Worte des Fähnleinführers „du bist nichts, dein Volk ist alles“ sollte man mit nach Hause nehmen. Die Machtübernahme der Nazis in Waldshut war nicht so unerwartet wie die Zahl von nur 31 Parteimitgliedern vor 1933 vermuten lässt (37). Gut ein Drittel der Bevölkerung sympathisierte mit den Nationalsozialisten bereits zu dieser Zeit (43). Auch in Waldshut sorgte nach der Machtübernahme der Rückgang der Arbeitslosigkeit für eine zufriedene Stimmung. Die herumstehenden Arbeitslosengruppen in den Straßen verschwanden. Eine der Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit war 1933/34 der Bau der Straße auf den Aarberg. Schwere Handarbeit war angesagt, der Einsatz von Maschinen begrenzt. Ganz zufrieden waren die Arbeiter nicht, war doch die Arbeit schwer und der Stundenlohn lediglich 30 Pfennig. Aber der allgemeine Lebensstandard verbesserte sich. Auch wenn der Druck stieg, aus einer zuvor besser bezahlten Stellung in ein von der Partei gut zu überwachendes Amt umzusteigen, wurde es hingenommen. Die Einführung des Kindergeldes und des Ehestandsdarlehens besserten das

Einkommen wieder auf. Im Rahmen der Gleichschaltung wurden die Vereinsvorstände aufgelöst, Vorsitzender konnte nur ein guter Parteigenosse werden. Dafür traf man sich nun mit Vereinsfreunden am Stammtisch. Auch die Stadtmusik musste sich anpassen. Sie spielte bei städtischen Anlässen in ihrer traditionellen blauen Uniform, bei Parteianlässen im Landkreis in brauner Naziuniform. Schon zum Schulbeginn nach Ostern 1933 wurden in den Klassenräumen der Schulen Lautsprecher angebracht. Schulanfänger mussten sich Reden von Göring, Goebbels und Hitler anhören, der Hitlergruß wurde Pflicht. Die von Parteigenossen besetzten leitenden Stellen in der Schulverwaltung übten Druck auf die Lehrer aus, in die Partei einzutreten und Vereinstätigkeiten außerhalb der Naziorganisationen aufzugeben. So wurden die meisten Waldshuter Parteigenossen, um ihre Ruhe zu haben und die Familie vor Schaden zu bewahren (43). Trotz der neuen Frauenrolle - das Ehestandsdarlehen verpflichtete sie, nach der Heirat ihren Beruf aufzugeben und so die Arbeitslosigkeit zu senken - war die Zustimmung zum Regime bei ihnen eher höher als bei ihren Männern. Die Rolle der Mutter als „Erhalterin des Volkes“ wurde akzeptiert und geschätzt. Die soziale Vereinsarbeit der Frauen war schon 1933 gleichgeschaltet worden und in der NS-Frauenschaft aufgegangen. Auch die Jugendarbeit der Nazis wurde in der Stadt nach und nach angenommen. Sollten in der Hitlerjugend doch Standesunterschiede beseitigt werden. Schulkinder wurden von Hausaufgaben über das Wochenende befreit, wenn sie der Hitlerjugend beitraten. Auch gab es für die Hitlerjungen attraktive Freizeitangebote. Ab Ende 1936 wurde die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend Pflicht. Die Mädels gingen als Mitglied des BDM helfend in die Landwirtschaft oder in kinderreiche Familien. Viele Frauen in Waldshut sahen in Hitler, wenn nicht eine Heilsgestalt, so doch, wie es sich nach dem Attentat 1944 deutlich zeigte, eine unter Gottes Schutz stehende Führerpersönlichkeit (43). Es fehlte auch nicht an Anerkennung für leitende stadteigene Nationalsozialisten, die „kleinen Hitlers“ wie Dr. Brugger. Wütende und gewalttätige SA-Horden waren halt unvermeidliche Großmäuler. So bemerkte der langjährige Parteigenosse K. Glas bei der Übernahme der Schriftleitung beim Alb-Boten im August 1933: „Den Waldshutern und den Umwohnern bin ich kein Unbekannter. In den Anfängen der Bewegung habe ich mich an der Zerschlagung kostbaren Porzellans kräftig beteiligt“ (1). Auch die eingesetzten Blockwarte in der Stadt konnten mit ihrem Eindringen in die Privatsphäre wenig Sympathien erwecken. Neben Sammlungen für soziale Dienste der Nazis, Ausgabe der Lebensmittelkarten und Kontrolle der arischen Familienstruktur waren sie für innerfamiliäre Spitzeldienste vorgesehen. Diese gab es bedauerlicherweise aber auch innerhalb vieler Familien. Hitlerjungen verrieten ihre Eltern, wenn diese Auslandsender hörten (43). „Deutschlands Jugend wird mir gehören“, hatte Hitler gesagt. Diese Forderung hatte auch Waldshut erreicht. Alle diese von den Ortsgruppennazis in die Stadt getragenen Provokationen wie die Bereicherung am Eigentum der Verfolgten, spalteten Familien und Gesellschaft, erzeugten Neid und Missgunst, konnten aber dem Mythos des Führers wenig anhaben. Hitlers Reden priesen Volksgemeinschaft, das friedfertige deutsche Volk und Gottes Liebe zu den Deutschen. Der Abschluss des Konkordats war im katholischen Waldshut mit vertrauensvoller Zuversicht aufgenommen worden. Als am 10. März 1933 die badische Regierung zurücktreten musste und der neue Gauleiter R. Wagner die Macht übernommen hatte, besuchte er einige Tag später Waldshut. Der frühe Besuch hinterließ bei einer großen Zahl der Bewohner wohlwollenden Eindruck (37, 43).

Einen bedrohlichen Nahrungsmangel hat es in Waldshut eigentlich nicht gegeben. Die vor den Toren betriebene Landwirtschaft war gut erreichbar. Sie sollte durch das Reichserbhofgesetz aus der Krise befreit werden und vor Überschuldung und Zersplitterung schützen. Betroffene konnten ihren Hof nun nicht mehr veräußern oder die Kinder

entschädigen, galten aber als geschätzte Bauern und nicht mehr als gemeine Landwirte. In den Jahren bis zum Kriegsausbruch verminderte der kleine Grenzverkehr zusätzlich Nahrungsengpässe. Mit Zollmarken streng geregelt, konnten je 100 g Schokolade, Kaffee und Zucker, 200 g Mehl und 50 g Tee eingeführt werden (43). Für den geringen Währungsvorteil - der Wert der Reichsmark war höher als der des Franken - musste man mit strengen Grenzkontrollen bezahlen. Partei und Waldshuter Einzelhandel erhoben ihre Stimmen gegen diesen kleinen Auslandseinkauf. Das bewog zahlreiche Parteigenossen, nicht persönlich diesen Einkaufsvorteil zu nutzen. Man schickte die Kinder. Mit dem Boykott der jüdischen Geschäfte wurden in den Schaufenstern des verbliebenen Einzelhandels Schilder mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“ angebracht (43). Mit Kriegsausbruch wurde die Grenze geschlossen und Post aus der Schweiz teilweise geöffnet. Als dann die Lebensmittelzuteilung geringer wurde, das Brot weniger schmackhaft, die Butterration kleiner und die Trauerkleidung nicht mehr gestellt wurde, als die Russen im Reich einmarschierten, die Wunderwaffe Hitlers auf sich warten ließ und die ersten Flüchtlinge die Stadt erreichten, kippte die Stimmung und der Hitlermythos verblasste auch in Waldshut (43). Die „nationale Volksgemeinschaft“ wurde in Waldshut sicher nur unvollkommen erreicht. Die Rückkehr in die traditionelle Waldshuter Bürgergesellschaft nach dem Krieg war für die Parteigenossen akzeptabel: in der Fronleichnamsprozession nach dem Krieg trugen ehemalige Führer der Hitlerjugend die Fahnen der Kolpingfamilie. War das ein Zeichen dafür, dass sich traditioneller Glaube und nationalsozialistisches Heilsversprechen für viele Waldshuter doch hatten vereinbaren lassen?

E. „Der Mann trägt die Nation, die Frau trägt die Familie“ (28).

Diese Worte, 1933 von Guida Diehl, später Kulturreferentin in der Reichsfrauenleitung der NSDAP, werden der Stellung der Frauen in der Kriegszeit nicht mehr gerecht. Für die in den Krieg ziehenden Männer mussten die Frauen Arbeiten übernehmen, die zuvor von Männern ausgeübt worden waren. Die Arbeit daheim wurde zur Arbeit an der „Heimatfront“, die Frauen sollten überzeugt werden, wie die Männer im Krieg zu kämpfen (2). Das hatte mit dem ursprünglichen Frauenbild Hitlers und der NSDAP nicht mehr viel gemein. In Hitlers Weltbild waren Politik und die Wehrhaftigkeit des Volkes allein Sache des Mannes. Ausschlaggebend für die Rolle der Frau war ihre Aufgabe als Mutter. Emanzipation war für ihn eine Erfindung der Juden, um die vorgegebenen Geschlechterrollen zu zerstören (2). Während der Mann Versorger und Beschützer der Familie sein sollte, war die Rolle der Mutter, möglichst viele Kinder zu gebären, um die arische Rasse und die nationalsozialistische Gesinnung zu stärken. „Was der Mann bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes“, verkündete Hitler schon ein Jahr nach der Machtübernahme (19). Zur Durchsetzung dieses Frauenbildes diente das Ehestandsdarlehen, eingeführt schon ein halbes Jahr nach der Machtergreifung. Es sollte helfen, die Frau von ihrer Erwerbstätigkeit zu lösen und damit die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Das passive Wahlrecht wurde ihnen abgesprochen, sie durften nicht mehr in Justizberufen oder als Ärztin tätig sein. Auch das Universitätsstudium wurde für Frauen eingeschränkt. In der Ehe konnte nur der Mann juristische Entscheidungen treffen. „Erbgesunde deutsche Frauen“ durften nicht abtreiben, „rassisch minderwertige“ Frauen wurden dazu angehalten (2). 1939 waren zwölf Millionen Frauen Mitglieder in einem NS-Verband, wie „Bund Deutscher Mädels“ oder „NS-Frauenschaft“. Hier wurden sie ideologisch erzogen, auf die Mutterschaft vorbereitet und mit karitativen Aufgaben im Winterhilfswerk und in der Volkswohlfahrt betraut. Seit 1938 galt das Pflichtjahr, in dem sie in der Land-

oder Hauswirtschaft arbeiten mussten. Zu dieser Zeit wurde auch der Muttertag wieder eingeführt und das Mutterkreuz verliehen, gestiftet von Adolf Hitler. Ab vier Kindern gab es Bronze, ab sechs Silber und ab acht Kindern das in Gold. Die Frau musste linientreu und erbgesund sein, der Haushalt sauber und die Kinder gute Schüler. Über Frauen, die trotz mehrerer Kinder das Mutterkreuz nicht hatten oder darauf verzichteten, wurde abfällig geredet. Irgendetwas konnte nicht stimmen. Kreuzbeschmückte Frauen wurden dagegen in Geschäften bevorzugt bedient und auf der Straße besonders höflich begrüßt. Der Drang zum Nachwuchs für das Militär ging so weit, dass in „Lebensbornheimen“ Frauen nach den rassistisch geprägten SS-Kriterien Kinder zur Welt bringen sollten. Die Hälfte, etwa sechstausend, waren unehelich geboren. Ein solches Heim gab es in Nordrach, nördlich von Biberach. Alles stand hier unter der Kontrolle der SS und wurde dokumentiert. Die Kinder wurden im Sinne der SS erzogen, Still- und Mahlzeiten ihrer Mütter waren streng festgelegt. Es bestand Stillpflicht. Außerhalb der Stillzeiten waren Mutter und Kind getrennt. Rund drei Viertel der 167 Mütter waren alleinstehend. Sie waren zwar gehoben untergebracht, genossen die Vorzüge aber nur, wenn ihr Neugeborenes der „rassischen Auslese“ entsprach. 240 Kinder wurden hier „für den Führer“ geboren, 131 Knaben und 109 Mädchen (29). Gerüchteweise ist von einem „Begattungsheim“ die Rede, in dem SS-Männer gezielt mit arischen Frauen zusammengebracht wurden (2).

Erwerbstätigkeit galt im Nationalsozialismus als frauengemäß, sofern sie nicht männertypisch war. Frauen arbeiteten in der Verwaltung und in Bereichen, die speziell mit Frauen zu tun hatten, wie bei der weiblichen Kriminalpolizei oder in Haft- und KZ-Anstalten für Frauen. Das entlastete sie nicht von Aufgaben in der Familie, die sich mit Beginn des Krieges intensivierten. Von nun an fielen der Frau neben den besorgenden auch beschützende Aufgaben zu. Nicht nur die tägliche Versorgung der Kinder mit den rationierten Lebensmitteln war ihre Aufgabe, nein, sie musste Arbeiten der eingezogenen Männer im Handwerk und in der wachsenden Rüstungsindustrie übernehmen. „Millionen deutscher Frauen und Mädchen arbeiten in Fabriken, Werkstätten und Büros und stehen dort ihren Mann“ musste Hitler 1941 bekennen (2). Frauenarbeit sollte keine materiellen Ziele erfüllen, sondern die Volksgemeinschaft stärken und damit die Erfahrungen der Frauen in der Kindererziehung erweitern. Ihre Arbeit wurde schlechter bezahlt als die der Männer, führte aber nun nicht mehr zum Verlust des Ehestandsdarlehens. Auch das Studium war für alle Frauen wieder offen, mussten sie doch nicht selten verantwortungsvolle Aufgaben bei der Kriegsführung übernehmen. Als „Blitzmädchen“ bei der Fernmeldetruppe, Bürokräft im Stabsdienst, aber auch als Flakhelferinnen wurden sie eingesetzt (42). Die sozialen Leistungen für arbeitende Frauen und Mütter wurden ausgebaut (27). Nationalsozialistische Einflussnahme übte das Deutsche Frauenwerk aus. Hier fanden Kurse in Haushaltsführung und Säuglingspflege statt, in den Kriegsjahren auch Näh- und Stopfnachmittage. Das Konsum- und Verbraucherverhalten wurden überprüft und beeinflusst. Das Diplom „Meisterin der Hauswirtschaft“ diente dazu, in Beratungsstellen und bei Massenverpflegungseinsätzen während des Krieges tätig zu werden (27). Obwohl das Regime, die Kreisleitungen und die NS-Frauenschaft sich intensiv bemühten, während des Krieges Frauen in Arbeit zu bringen, stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 1939 bis 1944 nur von 14,6 auf 14,9 Millionen (27). Wichtige Ursachen dafür waren Übernahme der Arbeit des Ehemannes im eigenen Betrieb oder eine Nebenerwerbslandwirtschaft. Auch die Pflege von Angehörigen und ehrenamtliche Tätigkeit im Roten Kreuz und bei der NS-Frauenschaft nahmen zu. Evakuierte Frauen fanden auf dem Land kaum Arbeitsmöglichkeiten. Zudem zogen es zahlreiche Betriebe vor, ausländische Zwangsarbeiter/-innen und Kriegsgefangene zu beschäftigen, die in viel rigidere Verhältnisse

eingebunden werden konnten als einheimische Frauen. Auch in Waldshut waren Zwangsarbeiter in den Rüstungsbetrieben Mann und Lonza tätig. Der Bau des Waldshuter Schluchseewerkes war ebenfalls Zwangsarbeit. Die Unterbringung auf engem Raum schuf hygienische Probleme und die Versorgung mit Lebensmitteln Engpässe, die den damaligen Bürgermeister Birkenmeier bewogen, private Hilfeleistungen an Zwangsarbeiter zu kritisieren (37). Galten die Ostvölker doch als „Untermenschen“. Quälereien bis zu körperlichen Züchtigungen waren in den Fabriken nicht unüblich, darüber schreibt Ch. Ruch. Eine Spur von Mitmenschlichkeit fand sich nur bei einigen Privatpersonen und bei einer Arbeit auf dem Bauernhof. Von den Gefahren mitmenschlicher Handlungen berichtet Irmi Martin aus Freiburg. Ein Lager für Zwangsarbeiterinnen befand sich auf dem Gelände der heutigen Kinderklinik. Um den hungernden Arbeiterinnen Brot zukommen zu lassen, versteckten die Mutter und ihre junge Tochter kleine Brotlaibe in den Ärmel ihrer Mäntel. „Wir trauten uns nur im Schutz der Dunkelheit dorthin und hatten jedes Mal Angst, erwischt zu werden. Wir steckten das Brot durch den Stacheldraht. Die Frauen hatten offensichtlich großen Hunger, denn sie zogen sehr hastig an dem Brot, bis es auf ihrer Seite war. Sie versteckten es sofort unter ihren dicken Steppjacken“ (42).

Der Oberstaatsanwalt in Waldshut berichtete schon 1940 von polnischen und tschechischen Arbeitern beim Schluchseewerk, gegen die 73 Verfahren wegen Arbeitsverweigerung und Vertragsbruch eingeleitet werden mussten (7). Gründe waren Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und die daraus folgende Desertion, von der Arbeitsstelle in die Schweiz oder aber anlässlich eines Heimaturlaubs. Seit 1944 verlegten zahlreiche Rüstungsbetriebe Filialen nach Südbaden in die Grenzregion. Diese war lange Zeit von feindlichen Bombenangriffen verschont worden. Das Rüstungskommando Freiburg zählte 1944 sechzehn Betriebe mit 50 000 Beschäftigten (42). Das engte die Versorgungslage weiter ein und erhöhte die Gefahr von Flugzeugangriffen. Unter welchem Druck hier Frauen und Zwangsarbeiter standen, davon zeugt die Aufzeichnung einer vierzigjährigen deutschen Frau, die im Rüstungsbetrieb Frako in der Nähe von Teningen arbeitete. Wenige Tage vor Kriegsende sah sie wenig Sinn in der Erfüllung einer postalischen Auslieferung. Ihre Bedenken konterte ihr Vorgesetzter mit der Drohung: „Sie kommen doch noch nach Dachau“ (42).

Gegen Kriegsende wurden Übergriffe der Zwangsarbeiter befürchtet. Dem Landrat in Waldshut gelang es, durch ein Abkommen mit der Schweiz mehrere tausend Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene über die Grenze zu bringen (37). Damit blieb ihnen das Schicksal zahlreicher Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter erspart, die gegen Ende des Krieges im Wiesental, im Hochschwarzwald und in Villingen massakriert oder willkürlich erschossen wurden (7).

F. „Das Volk will alle, auch die schwersten Belastungen auf sich nehmen“.

(Joseph Goebbels 18.Feb. 1943)

„Mit unserer eigenen Familie und den Evakuierten war das Haus vollgestopft bis unters Dach. Wir mußten die Betten teilen und auch das immer knapper werdende Essen“ (42).

Emmy Höllrigl erinnert sich mit diesen Zeilen an ihr achttes Lebensjahr 1940 im Glottertal. Mit Beginn des 2. Weltkriegs und der Kriegserklärung Frankreichs waren Dörfer in der südbadischen Rheinebene und Elsassdeutsche evakuiert worden. Die Ziele der Evakuierten, hier das Glottertal, reichten bis nach Bayern. Auch Waldshut musste über tausend

„Rückwanderer“ aufnehmen und unterbringen (37). Infolge der Kämpfe an der Westfront war eine dauerhafte Rückkehr erst Ende 1940 möglich. Im letzten Kriegsjahr setzten dramatische Fluchtbewegungen ein. Auf die Frauen im südbadischen Raum kamen erhebliche Belastungen zu. Neben ihrer Arbeit in Rüstungsbetrieben und Kantinen mussten sie für ihre Kinder und hilfsbedürftigen Familienangehörige sorgen, Lebensmittel und Heizmaterial organisieren. Eine Zusatzaufgabe war es, in Wohnungsnähe Schutzräume für die Familie zu finden. Den Freiburgern half es am 27. November 1944 nicht. Der Bombenangriff trieb Tausende aus der brennenden Stadt. Mit Kinder- und Leiterwagen flohen die Verzweifelten Richtung Schwarzwald, um irgendwo auf einem Bauernhof oder einer Hütte gegen Arbeitseinsatz eine Bleibe zu finden (42). Helle Trede schildert die Flucht aus der Stadt: „Wir füllten den Leiterwagen mit Kartoffeln, obenauf saß unser schwerkranker Vater. Unsere damalige Hilfe, Hertha, hatte eine kleine Tochter, neun Monate alt, und mein jüngster Bruder war acht Monate alt. Zwei Kinderwagen also standen noch zur Verfügung. Noch in der Bombennacht verließen wir die brennende Stadt zu Fuß, vorbei an Blindgängern, die jederzeit explodieren konnten. Schlimmer aber war das Feuer. Das Bersten der Häuser, überall verstörte Menschen, von denen unzählige, gleich uns, die Stadt verließen. Der glühende Himmel blieb hinter uns zurück“ (42).

Hunger begleitete die Menschen in dieser Zeit. Auf die Lebensmittelkarten gab es immer weniger, Hamstern und Kartoffelklau gehörten zum Alltag. Landwirten ging es etwas besser, sie verloren aber einen Großteil ihrer Tiere. Schulen veranstalteten Sammelaktionen in der freien Natur. Schwangere Frauen hatten es besonders schwer. Der nach Südbaden gekommene Krieg erzwang die Suche nach einem sicheren Entbindungsort. Ein solcher war das Kloster Stühlingen, da es nahe der noch sicheren Schweizer Grenze lag. Wegen des Andrangs mussten die Frauen mit ihren Neugeborenen das Kloster frühzeitig verlassen. H. Rosset aus Freiburg berichtet über ihre Erfahrungen: „Geboren in den letzten Wochen des Krieges. Der Start ins Leben war bedroht durch Kälte, Hunger, und der Weg nach Hause war gefährlich. Zwei Monate lang waren Mütter mit Säuglingen im kalten Kriegswinter unterwegs, um von Stühlingen bei Waldshut ins Markgräflerland nach Hause zu kommen“ (42). Ursache dafür waren Tieffliegerangriffe auf die besetzten Eisenbahnzüge, was ein fluchtartiges Verlassen des Zuges erforderte. Kein Licht, kein Essen und Trinken bei der Suche nach einer Unterkunft. Viele Säuglinge starben. Diese grausamen Erlebnisse erinnern an die Flüchtlingszüge der Frauen und Kinder im Osten des Reiches. Säuglinge starben in den Armen der Mütter, die dem kalten Winter und den anrückenden Russen zu entkommen suchten. Darüber berichtet der damals siebzehnjährige Hans Studinger aus Waldshut, der diese verzweifelten Menschen begleitete (43).

„Weil die arbeitenden Menschen, meist Kinder und Frauen, immer wieder durch die Flieger beschossen wurden, gab man das Schanzen schließlich auf“ (42).

Mit diesen Worten weist Josef Zenger aus Waldshut auf die Nutzlosigkeit des Aushebens von Panzergräben am Kaiserstuhl hin. Mitte August 1944 wurden 14- bis 65-jährige Männer und 16- bis 50-jährige Frauen zwangsverpflichtet, den schon vor dem Krieg erstellten Westwall auszubauen. Spaten, Schaufel und Pickel waren von zuhause mitzubringen. Das südbadische Volksaufgebot war für das Oberrheingebiet und das Elsass zuständig. Der wenig erfolgreiche Einsatz wurde Mitte Dezember 1944 bereits wieder abgebrochen (42).

Mit der Proklamation des „totalen Kriegs“ 1944 wurden Wehrmachtsverpflichtungen üblich. Frauen und Mädchen wurden als Wehrmachthelferin eingezogen. Praktisch als Soldatinnen war eine große Zahl der Frauen im Telefon- und Fernschreibedienst, als Funkerin, Flakhelferin und Sanitäterin tätig. Die großen Verluste an der Ostfront bewogen Hitler im

Herbst 1944 entsprechend dem Wehrgesetz waffenfähige Männer jenseits der üblichen Wehrpflicht im Alter von 16 bis 60 Jahren einzuziehen. Der „Deutsche Volkssturm“ sollte, erinnernd an den früheren Landsturm, durch die Errichtung von Panzersperren und die Sicherung und Verteidigung von Ortschaften den Vormarsch der Alliierten stoppen. Die Führer des Volkssturms hatten ihre fehlende militärische Erfahrung durch Treue zum Führer und nationalsozialistische Standhaftigkeit auszugleichen (42). Eine angepasste Ausrüstung fehlte. Der Säckinger W. Rauscher schreibt, wie die sechszehn Buben im Spätherbst 1944 eingezogen wurden. Der Marsch zum Sonderzug Waldshut-Rheinfeldern war begleitet vom Gesang „denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Plakate zierten den Zug „Churchill, Churchill, jetzt wirds ranzig, jetzt kommt Jahrgang Neunundzwanzig“. Zurück blieb ein schwächlicher, heulender Junge, der als untauglich beurteilt worden war (42). O. Hofmann berichtet vom Einsatz des Volkssturms nördlich von Freiburg. Am 19. April 1945 kam die Front näher. Die reguläre Wehrmacht gab dem Volkssturm Befehle zur „Verteidigung Großdeutschlands“ und machte sich aus dem Staub. Als der Volkssturm sich einige Zeit später ebenfalls zurückziehen wollte, wurde er von SS-Männern mit vorgehaltener Pistole gezwungen, umzukehren und eine Verteidigungslinie aufzubauen (42). Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft und ihre Standfestigkeit hatten Risse bekommen. Eine der Folgen war die Gründung der Organisation „Werwolf“. Nach Besetzung durch feindliche Truppen sollte die Organisation im Rücken des Feindes partisanenartigen Widerstand leisten. An die eigene Bevölkerung richtete sich ihr Aufruf „Der Werwolf ist da. Wer sich ergibt wird erschossen“ (42). Auf ausdrücklichen Befehl Hitlers wurden in feindbedrohten Gebieten von Parteifunktionären Standgerichte eingesetzt. Bürger/-innen und Wehrmachtsangehörige, die ihre Heimatgemeinden vor einem sinnlosen Kampf schützen und retten wollten, wurden von diesen Gerichten noch kurz vor Kriegsende verurteilt und hingerichtet. O. Wiesler war in Waldshut dienstverpflichtet. Er berichtet, wie sein Fähnleinführer mit viel Pathos vom endgültigen Sieg über den nahenden Feind redete, wie der Tiengener Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Wilhelm Gutmann knallharte Durchhalteparolen verbreitete, die weiße Flagge, im Gegensatz zu Waldshut, nicht hisste und damit den Tod seiner vierköpfigen Nachbarfamilie verschuldete, die beim Bombenangriff vom 25. April 1945 getötet wurde (42). Waldshut wurde dreimal von Bomben getroffen, am 16. und 19. Februar 1945 mit zwei Toten und kurz vor Kriegsende am 24. April. Dieser Angriff kostete zehn Menschen das Leben (37). Es gibt aber auch Mitteilungen von insgesamt 15 Bombentoten in der Stadt.

Trotz der Gefahr für das Leben gab es Aktionen des Widerstandes in der Region. H. Gerteis aus Luttingen berichtet als Zeitzeuge vom Einsatz seines Vaters und weiteren drei Kameraden des Volkssturms bei der Rettung von Hauenstein. Vor Einmarsch der Franzosen sollte Ende April 1945 an der Engstelle zwischen Felswand und Rhein eine besonders stabile Panzersperre errichtet werden. Eine zusätzliche Panzerfalle war im Ort gebaut worden, die bei Passage des Feindes gesprengt werden sollte. Auch die Sprengung des Eisenbahnviadukts war vorgesehen. Die Sprengungen hätten den Ort zerstört. Als absehbar war, dass der Feind am nächsten Tag eintreffen würde, stiegen die tapferen Männer in der Nacht zuvor in das Rathaus ein, nahmen die dort gelagerten Sprengstoffkisten mit und versenkten sie im Rhein. Einige Stunden später traf eine Kompanie Landeschützen aus Waldshut ein. Der Kompanieführer wütete als er den Verlust bemerkte. Nach den Beteiligten und dem Rathauschef suchte er vergeblich, sie hatten sich in der Nachbarschaft erfolgreich versteckt. Der Feind rückte an. Noch bevor es zum Kampf kommen konnte, hisste der schnell zurückgekehrte Bürgermeister die weiße Flagge. Dem Ort war die Zerstörung erspart geblieben (42).

Die Wirren um den Vormarsch der Franzosen schildert G. Eckert. Er war als Achtjähriger auf einer Traktorflucht dabei, die von Waldshut Richtung Westen ging. Zwischen Luttingen und Laufenburg kam ihnen ein Fahrradfahrer entgegen. „Sie sind jetzt bereits in Säckingen, und die ersten Panzer rollen in Richtung Waldshut“, rief er. Nachfragen bestätigten den Vormarsch der Franzosen. „Also hieß es umkehren, und schon tuckerte der Bulldog zurück in Richtung Waldshut“ (42). Eile war angesagt, der Vormarsch der Franzosen von Säckingen nach Waldshut dauerte nur dreieinhalb Stunden (25).

Dort war die die Lage der in Hauenstein vergleichbar. Zwar hatte ein Teil der lokalen Parteigrößen Waldshut schon fluchtartig verlassen, aber Reste der Wehrmacht waren noch da und wollten die Stadt nicht kampflös aufgeben. Da die Truppe Flugzeuge beschoss, provozierte sie das Bombardement und den Tod von mindestens zehn Waldshuter Bürgern. In dieser brenzligen Situation gelang es einer Gruppe von verantwortungsvollen Bürgern unter Mithilfe des Landrats, die Truppe zum Abzug zu bewegen. Die Letzten der „kleinen Hitlers“ machten sich nun auch auf und davon. Nach dem Abbau von Panzersperren gelang es, die Stadt am 25. April 1945 kampflös zu übergeben (37).

Heinrich Köhler war von 1920 bis 1927 badischer Finanzminister und kurzzeitig auch Staatspräsident in Baden. Während der Nazizeit wurde er verhaftet. Nach dem Krieg saß er für die CDU im Landtag und wurde Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg. Zwei Tage nach der Einnahme Waldshuts schrieb er in sein Tagebuch: „Wer es nicht selbst miterlebt hat, wird es einst nicht für wahr halten, was man aus dieser Zeit der tiefsten Schmach und Selbsterniedrigung des deutschen Volkes berichten wird. Zu einem Volk von Lügnern und Heuchlern hatte man uns erzogen. Jeder musste sich vor dem anderen in Acht nehmen, denn die Partei hatte ihre Spitzel in allen Kreisen und Schichten, bei den Geistlichen wie bei den Laien. Und das Zuchthaus, das Konzentrationslager wie der Strang lagen näher, als mancher nur ahnte“ (6).

„Der Herr Kommandant hat sein ernstes Bedauern über diese Vorfälle ausgesprochen und betrachtet das Vorkommnis als einen Überfall auf die deutsche Zivilbevölkerung“ (25).

Waldshuts Bürgermeister Dietsche schrieb diese Zeilen im April 1946 an den Landrat Joachim Straub. Vorausgegangen waren Überfälle französischer Soldaten auf die Bevölkerung. Mit den Franzosen waren nicht freundliche Befreier, sondern der sogenannte Erbfeind eingerückt. Erschießungen, Plünderungen und Vergewaltigungen musste die Bevölkerung im Südwesten über sich ergehen lassen. Anfangs ließen die Vorgesetzten ihre Soldaten gewähren, der Krieg war ja noch nicht beendet. Sehr viel strenger verfuhr sie mit ihren Kolonialsoldaten aus Marokko, Algerien und dem Senegal, von der deutschen Bevölkerung zu Unrecht pauschal als „Marokkaner“ bezeichnet. Einige von ihnen wurden hingerichtet. G. Klugermann hat die Vergewaltigungen des Jahres 1945 im Landkreis Waldshut genauer untersucht (25). Ein Drittel der Gemeinden war betroffen, meist entlang der Verbindungswege nach Norden und von West nach Ost. Am stärksten heimgesucht wurden Waldshut mit einundzwanzig, unter Einschluss der Ortschaften Eschbach, Schmitzingen, Gaiß und Waldkirch sogar einunddreißig, Dogern mit zehn, Tiengen mit fünf, Kadelburg und Stühlingen mit je acht und Höchenschwand mit sechs Vergewaltigungen. Insgesamt gab es 102 Opfer an 27 Orten. Ein Viertel der Opfer war minderjährig, sechs Frauen waren über fünfzig Jahre alt. Ein Großteil der Gewalttaten fand in häuslicher Umgebung statt, meistens mitten in der Nacht, fast immer mit Bedrohung der Opfer und Familienangehörigen. Plünderungen schlossen sich an. In gut einem Drittel der Fälle konnte die Vergewaltigung durch Flucht oder Gegenwehr verhindert werden. Die Opfer erlitten neben dem seelischen Schaden auch körperliche Verletzungen. Klugermann berichtet auch

von einem besonders tragischen Ereignis. In der Nacht vom 25. zum 26. April drangen 4 Nordafrikaner in ein Haus der Waldshuter Rheinstraße ein. Eine dort lebende Mutter von zwei Kindern wurde vergewaltigt. Sie floh in das Nachbarhaus. Wohnungsnachbarn wollten die beiden Kinder retten. Da das Nachbarhaus inzwischen verschlossen war, kam es zu einer Schießerei und Messerstecherei, bei der die helfende Nachbarin einen Hüftschuß, ihr Mann und das Kleinkind Stichverletzungen erlitten. Das Kind überlebte die Verletzungen nicht (25).

Es waren durchziehende Kampftruppen, die für die Grausamkeiten verantwortlich waren. Organisiert in kleineren Banden waren sie auch für Diebstahl, Plünderungen und Raub auf ihrem Weg nach Osten und Norden verantwortlich. So ist es zu verstehen, dass das kleine Bannholz mit lediglich 288 Einwohnern siebzehnmal überfallen wurde, viermal kam es zu einer Vergewaltigung. Klugermann berichtet von 96 Tätern, 66 hellhäutige Franzosen, der Rest weitgehend Kolonialsoldaten, die sich besonders gewalttätig zeigten. Rachedgedanken äußerte ein Teil der Täterschaft. Teils hatten Familienangehörige unter der deutschen Besatzung gelitten, teils bezogen sie sich auf Vergewaltigungen und Erschießungen durch die deutsche Wehrmacht in Frankreich. Ein Großteil der sexuellen Gewalttaten ging aber wie bei früheren Kriegen und anderen Nationen auf die Verrohung durch den Krieg zurück (25). Den besiegten Gegner weiter zu erniedrigen, hatte bei Vergewaltigern schon immer eine Rolle gespielt.

Die gepeinigten Frauen hatten nicht nur mit seelischen Traumata und körperlichen Verletzungen zu kämpfen, nein, sie litten auch Ängste wegen einer möglichen Schwangerschaft oder einer übertragenen Geschlechtskrankheit. Viele Frauen scheuten eine ärztliche Behandlung, da bei einer Meldung an die Polizei eine Täterbestrafung nicht zu erwarten war. Dagegen drohte eine herablassende Verurteilung durch die Mitwisser. Wie soll man in diesem Zusammenhang die Bemerkung des konsultierten Arztes im Waldshuter Krankenhaus verstehen, der nach Untersuchung einer vergewaltigten Mutter und deren Tochter zu Protokoll gab, keine der beiden Untersuchten habe einen ernstlichen Schaden genommen? Die Glaubwürdigkeit der Opfer wurde immer wieder in Frage gestellt (25). Nicht nur die Polizei, nein auch einzelne Geistliche zweifelte an der Rechtmäßigkeit der Aussagen. Eine gläubige 25-jährige Sängerin aus Karlsruhe hatte Unterkunft im Oberegginger Pfarrhaus gefunden. Am 9. Mai 1945 wurde sie von einem französischen Feldwebel außerhalb der Ortschaft vergewaltigt. Sie vertraute sich einem Pater im Kloster Ofteringen an und bat ihn, sich mit dem Vorgesetzten des Franzosen in Verbindung zu setzen. Der Pater unternahm nichts mit der Begründung: „Ich habe nichts unternommen, weil ich den Eindruck hatte, daß sie etwas übertreibt.“ (25).

Schon vor Ende des Krieges wurde die Polizei von der französischen Besatzung der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Situation nach Kriegsende beschreibt eine Notiz der Waldshuter Kriminalpolizei vom Dezember 1945: „die Täter sind französische Soldaten und somit Angehörige der alliierten Nationen. Nach dem Gesetz Nr. 2 Artikel 6 der Militärverwaltung über die Beschränkung der Rechtszuständigkeit der deutschen Gerichte kann gegen sie nicht eingeschritten werden“ (25). Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung war damit Sache der Franzosen. Aber in der ersten Zeit ihrer Besatzung herrschte Besatzungswillkür. Anordnungen eines Kommandeurs wurden Tage später von einem neuen widerrufen. Besatzungsangehörige durften nicht angegriffen werden. Damit war Gegenwehr bei Übergriffen und Vergewaltigung nicht statthaft. Meldungen über Gewalttaten gingen über eine Polizeibehörde an den Landrat in Waldshut, der aber nicht selten Fälle der Vergewaltigung und folgender Schwangerschaft nicht weiterverfolgte, da beim Eingang der Beschwerde die verantwortliche Truppe bereits nicht mehr vor Ort war. Für die Missachtung

der betroffenen Frauen spricht, dass sie alle ihre Erfahrungen und Beschwerden vor deutschen Behörden männlichen Beamten kundtun mussten. Großes Einfühlungsvermögen bestand dort nicht. Gelangte eine Meldung zum französischen Kommandanten, hing es von seiner persönlichen Einstellung und Laune ab, ob die Angelegenheit weiterverfolgt wurde. Je länger das Kriegsende zurücklag, umso eher wurden Vergehen der Franzosen verfolgt und geahndet. Am 12. April 1946 gab es erneut Überfälle auf die Zivilbevölkerung in Waldshut. Die französischen Soldaten wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Dieser Vorfall bewog Bürgermeister Dietsche zu dem einleitend erwähnten Schreiben an den Landrat.

„Die Lage verschärft sich von Tag zu Tag mehr“ (37).

Ch. Ruch weist in seiner Darstellung über die Jahre unter französischer Besatzung ausführlich auf die Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die Ausgangssperren, die Bedrohung durch die Schießbefehle und die drohende Evakuierung Waldshuts hin. Wir lesen über den mutigen Einsatz des jungen Kaplans Kaltenbach bei der Rettung der Stadt und seine Motorradfahrt zum Erzbischof Gröber in Freiburg. Im Gegensatz zu diesen zeitlich begrenzten Ereignissen war die drastische Verschlechterung der Ernährungslage in der Stadt ein jahrelanger Prozess. Ursache war der fehlende Nachschub aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten. Die Lebensmittelversorgung entwickelte sich schlechter als in den Kriegsjahren. Das vorangestellte Zitat ist einer Mitteilung des Bürgermeister Dietsche an den Landrat J. Straub entnommen, in der er 1946 auf die prekäre Lebensmittelknappheit in der Stadt hinweist (37). Erdrückend wurde die Not durch einen nachfolgenden kalten Winter und sehr trockenen Sommer. Setzen wir den täglichen Energiebedarf für einen Erwachsenen mit 2300 kcal pro Tag an, für Kinder unter vier Jahren auf die Hälfte, so betrug er 1946 in der amerikanischen Besatzungszone 1330 kcal, in der sowjetischen 1083 kcal, in der britischen 1050 kcal und in der französischen Zone und damit in Südbaden lediglich 900 kcal. In der benachbarten Schweiz lag die Versorgung bei 2600 kcal pro Tag und damit beinahe dreimal so hoch (18). Große Mengen der Lebensmittel mussten der französischen Besatzung zugeteilt werden. Durch die widrigen klimatischen Umstände ging die Versorgung 1947 sogar nochmals um die Hälfte zurück. So ist es zu verstehen, wenn Ch. Ruch von einem erschreckenden Gewichtsverlust der Kinder, von einem Mangel an Brot, Fett, Zucker und Kartoffeln spricht. Wieder waren es vorwiegend die Frauen und Mütter, die zum Hamstern auf das Land fahren mussten, um Lebensmittel für ihre Kinder zu erbetteln. Die Bauern waren nicht selten in einer Zwangssituation, mussten sie doch vorgeschriebene Mengen an Milch, Butter, Eier und Vieh abliefern. Manchmal half ein Tausch gegen Wertgegenstände beim Hamstern. Da das durchschnittliche Monatseinkommen einer Familie lediglich zwei- bis dreihundert Reichsmark betrug, war die Bezahlung gehamsterter Ware praktisch nicht möglich. Konnte man sich nicht eigenständig versorgen, musste man sich mit den Lebensmittelzuweisungen über die Lebensmittelkarten zufriedengeben. Kleidung, Schuhe, Fahrradschläuche wurden vom Landratsamt zugeteilt, war doch das Fahrrad ein unverzichtbares Verkehrsmittel (18). Trotz scharfer Kontrollen durch Polizei und die französische Besatzung blühte der Schwarzhandel auf. Der offizielle Preis lag für 1 kg Brot bei 0,37 RM, auf dem Schwarzmarkt wurden 20 bis 30 RM geboten, 1kg Butter kostete regulär 4,00 RM, auf dem Schwarzmarkt 350 bis 550 RM, für 1kg Fleisch stieg der Preis von 2,20 RM auf 60 bis 80 RM. Kein Wunder, dass Schwarzschlachtungen, Diebstahl und Ernteraub zunahmen. Erst mit der Währungsreform 1948 kam es zu einer langsamen Normalisierung.

Die Zeit relativer Willkür (25) hatte in Waldshut ein Ende gefunden. Die Stadt betrauerte rund 266 Gefallene, 104 Vermisste und rund 15 Opfer durch Bombenangriffe. Exakte Zahlen fehlen bis heute, die Einbeziehung der angegliederten Ortschaften hat eine genaue

Erfassung erschwert. Aber nicht nur die Frontsoldaten mussten für die Irrungen in der Nazierrschaft leiden, auch die tapferen Frauen und die traumatisierten Kinder wurden Opfer der schweren Zeit.

G. Quellenverzeichnis:

1. Baumgartner, S. C.: „Die ausgeklammerten Jahre“. BoD, Nordstedt 2019.
2. Bender, C.: Die deutsche Frau und ihre Rolle im Nationalsozialismus. Zukunft braucht Erinnerung. Berlin 2007.
3. Boeckh, J. u. a.: Sozialpolitik in Deutschland. Springer Fachmedien 2017.
4. Borgstedt, A., Thelen, S., Weber, R.: Mut bewiesen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2017.
5. Borowsky, P.: Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg University Press 2005.
6. Borst, O.: Das Dritte Reich in Baden und Württemberg. Konrad Theiss Verlag 1988.
7. Bosch, M.: Als die Freiheit unterging. Südkurier Verlag Konstanz 1985.
8. Broszat, M.: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 18/4, 1970.
9. Conway, J. S.: Der deutsche Kirchenkampf. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 17/4, 1969.
10. Denzler, G.: Papst Pius XII. und die Shoa. Kloster Andechs 2009.
11. Donnhauser, I.: Die Pfarrer und die braunen Machthaber. Alb-Bote 2. Sept. 2017.
12. Ebermayer, E. : Tagebuchaufzeichnungen über den „Tag von Potsdam“ 21. März 1933. In: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Bd. 9. Reclam 2018.
13. Engehausen, F., Hammerstein, K.: Baden 1933. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2017.
14. Gröber, C.: Kirche, Vaterland und Vaterlandsliebe. Herder Co., Freiburg 1935.
15. Gröber, C.: Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen. Herder 1937.
16. Halbeisen, P., Müller, M., Seyrassat, B.: Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Schwabeverlag 2012.
17. Hauffe, E.: Ein Volk erlebt seine Veränderung. Faust Verlag 1994.
18. Heitzmann, H., Zoche, H.: Das Ende des II. Weltkriegs im Hochschwarzwald. IBM Förderprojekt 2006.
19. Hitler, A.: Der Führer an die deutschen Frauen. In: Reden an die deutsche Frau. Berlin 1934.
20. Hockenjos, W.: Was der Krieg aus einem macht. Einsichten aus dem Kriegstagebuch des Vaters. In: Vom Nationalsozialismus zur Besatzungsherrschaft. Verlag Regionalkultur 2018.
21. Hörath, J.: „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ in Konzentrationslagern. Vanderhoeck und Ruprecht 2017.
22. Humann, D.: Arbeitsschlacht. Wallstein Verlag 2011.
23. Kershaw, I.: Der Hitler-Mythos. Deutscher Taschenbuch Verlag 2002.
24. Klausning, C.: Die Bekennende Kirche in Baden. Kohlhammer Verlag 2013.
25. Klugermann, G.: Als die Franzosen kamen...Vergewaltigungen durch Soldaten der französischen Besatzungsmacht 1945 im Landkreis Waldshut. In: Vom Nationalsozialismus zur Besatzungsherrschaft. Verlag Regionalkultur 2018.
26. König, M., Zeugin, B.: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Pendo Verlag, Zürich 2002.
27. Kramer, N.: Haushalt, Betrieb, Ehrenamt. Zu den verschiedenen Dimensionen der Frauenarbeit im Dritten Reich. In: v. Buggeln/Wild: Arbeit im Nationalsozialismus. De Gruyter, Oldenburg 2014.
28. Lange, S.: Guida Diehl: Volksmissionarin, Frauenrechtlerin und Nationalsozialistin. Kirchliche Zeitgeschichte Vol. 12/1, 1999. Vandenhoeck&Ruprecht.

29. Neumaier, D.: Das Lebensbornheim „Schwarzwald“ in Nordrach 1942-1945. In: Vom Nationalsozialismus zur Besatzungsherrschaft. Verlag Regionalkultur 2018.
30. Noe, H.: „Nun kann ich darüber sprechen“. Zeitzeugen, Tagebücher und autobiografische Dokumente zum Nationalsozialismus in Lörrach. Lörracher Hefte 22. Verlag W. Lutz 2015.
31. Ohr, D., Wild, A., Zängle, M.: Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlands. Der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP. Historical Social Research 17/2, 4-48, 1992.
32. Ott, H.: Erzbischof Dr. Conrad Gröber (1872-1948) Freiburger Diözesan-Archiv, Bd. 118, 1998.
33. Pfister, U.: Die Wirtschaft in der Ära des Nationalsozialismus. Univ. Münster 2011.
34. Proske, W.: Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. Bd. 6 Kugelberg Verlag 2018.
35. Reich, W.: Die Massenpsychologie des Faschismus. Verlag Kiepenheuer&Witsch 1971.
36. Roßmann, E.: Ein Leben für Sozialismus und Demokratie. Wunderlich Verlag, 1947.
37. Ruch, Ch.: Vormittags in die Kirche, nachmittags in die HJ. Das Doppelgesicht Waldshuts im Nationalsozialismus. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3 J. Fink Verlag 2004.
38. Runge, J.: Antisemitismus und Judenverfolgungen zwischen Hochrhein und Bodensee. In: Frei, A. G., Runge, J.: Erinnern, Bedenken, Lernen. J. Thorbecke Verlag, 1990.
39. Sachße, Ch., Tennstedt, F.: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Kohlhammer 1992.
40. Schadt, J.: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Stadtarchiv Mannheim, W. Kohlhammer Verlag 1976.
41. Schulz, A.: Armutspolitik in der NS-Zeit. Geschichtswerkstatt Lurup.
42. Serger, B., Böttcher, K. H., Ueberschär, G. R.: Südbaden unter Hakenkreuz und Trikolore. Rombach Verlag 2006.
43. Studinger, H.: Persönliche Mitteilung 16. 1. 2020
44. Unabhängige Expertenkommission Schweiz: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus. 2002.
45. Wahl, F.: Die Entwicklung des Lebensstandards im Dritten Reich. Univ. Hohenheim, Stuttgart 2011.
46. Wehler, H. U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949. C. H. Beck Verlag 2003.
47. Weinreich, R.: In: Gegen das Vergessen. Freundeskreis Jüdisches Leben in Tiengen. 2013.
48. Weller, A.: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. K. Theiss Verlag 1979.
49. Wette, W.: Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkriegs. Herder 2014.
50. Wiehn, E. R.: Novemberpogrom 1938. Hartung-Gorre Verlag 1988.